



NAKOS EXTRA

36

Familien und bürgerschaftliches Engagement

**Hemmnisse überwinden
Kooperationen stärken
Netzwerke bilden**

Engagementfördernde Einrichtungen
arbeiten zusammen



NAKOS EXTRA

36

Familien und bürgerschaftliches Engagement

**Hemmnisse überwinden
Kooperationen stärken
Netzwerke bilden**

Engagementfördernde Einrichtungen
arbeiten zusammen

Dokumentation eines Workshops des Arbeitskreises
„Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“
der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
in Berlin am 15. und 16. November 2006

in Kooperation mit
der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen
e.V. (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren-
büros e.V. (BaS), der Deutschen Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG) / Nationalen Kontakt-
und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung
von Selbsthilfegruppen (NAKOS) und dem Verbund Frei-
willigen-Zentren im Deutschen Caritasverband.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	6
<i>Gisela Notz: Familie heute ... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?</i>	10
FAMILIEN ALS ADRESSAT/INNEN UND PARTNER/INNEN IN DER ARBEIT VON INFRASTRUKTUR- UND BERATUNGSEINRICHTUNGEN ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS Standortbestimmungen aus Sicht der Bundesebene „Familie“ im Handlungsfeld von Freiwilligenagenturen und Freiwilligen-Zentren	
<i>Tobias Baur: Freiwilligenagenturen und „Familie“</i>	24
<i>Aloys Bushuven: Freiwilligen-Zentren und „Familie“</i>	27
<i>Christian Wienberg: „Familie“ im Handlungsfeld von Seniorenbüros</i>	29
<i>Wolfgang Thiel: „Familie“ im Handlungsfeld von Selbsthilfe und Selbsthilfekontaktstellen</i>	34
KOOPERATIONSPARTNER/INNEN: BEISPIELE UND MÖGLICHKEITEN IN ÖRTLICHEN NETZEN	
<i>Heidi Becherer: Vorfahrt für Familien</i>	47
<i>Tania-Aletta Schmidt: Mehrgenerationenhäuser, Generationen-dialog und niedrigschwellige Betreuungsangebote</i>	51
<i>Hannes Lachenmair: Elterninitiativen und Familienselbsthilfe. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE)</i>	57
WORKSHOPBERICHT	
<i>Ute Wiepel: Was haben Familien mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?</i>	70
IMPRESSUM	94

Vorwort

„Familien: Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements arbeiten auf örtlicher Ebene zusammen“ – so lautete der Titel eines zweitägigen Kooperationsworkshops, der am 15. und 16.11.2006 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin stattfand. Veranstalter war der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der FES. Kooperationspartner waren die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa), die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG) / Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) und der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband.

Initiiert hatte diesen Kooperationsworkshop die NAKOS im Rahmen ihres vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekts „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfe stärken“, um zwischen Engagement- und Familienförderung Brücken zu schlagen und örtliche Kooperationen zu stärken.

„Familien“ sind wesentliche Adressatinnen und Partnerinnen von engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen wie Freiwilligenagenturen / -Zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Diese Einrichtungen sind Kristallisationsorte für bürgerschaftliches Engagement auf örtlicher Ebene. Sie arbeiten themen- und trägerübergreifend, d.h. netzwerkorientiert. Auf diese Weise verbinden sie unterschiedliche Formen bürgerschaftlichen Engagements miteinander und stärken sie auch Familien – in der Gestaltung ihrer Lebenszusammenhänge, bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme, in ihrem öffentlichen Engagement als mündige und selbstverantwortliche Akteure im Gemeinwesen. Sie entwickeln spezielle engagementfördernde Projekte mit Familienbezug und arbeiten dabei miteinander und mit anderen Einrichtungen und Partner/innen zusammen. In gemeinschaftlicher Anstrengung sollen solidarische Familiennetze und bürgerschaftliches Engagement auf örtlicher Ebene gestärkt und voran gebracht werden.

An dem Workshop nahmen rund 40 Mitarbeiter/innen aus Freiwilligenagenturen / -Zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros sowie Multiplikator/innen der Engagement- und Familienförderung teil. Den

Impulsvortrag zur Fragestellung „Familie heute ... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?“ hielt Dr. Gisela Notz, wissenschaftliche Referentin in der Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und Vorsitzende des Bundesverbandes von pro familia, Bonn. Aus Sicht der Bundesebene nahmen Tobias Baur von der bagfa, Aloys Bushuven vom Verbund Freiwilligen-Zentren im DCV, Christian Wienberg von der BaS und Wolfgang Thiel von der NAKOS eine Standortbestimmung für die verschiedenen Engagementbereiche zum Thema „Familien als Adressat/innen und Partner/innen in der Arbeit von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ vor. Als Referent/innen und Diskussionspartner/innen wirkten für die Kooperationsebene „Lokale Bündnisse für Familie“ Dr. Heidi Becherer, Vorsitzende der DGB-Region Chemnitz und Vertreterin des Lokalen Bündnisses für Familie, Pilotregion Chemnitz, für die Kooperationsebene „Mehrgenerationenhäuser“ inkl. der Aspekte Generationendialog und niedrigschwellige Betreuungsangebote Tania-Aletta Schmidt von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen, Hannover, und für die Kooperationsebene „Elterninitiativen / Familienselbsthilfe“ Hannes Lachenmair von der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE e.V.), München, mit. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Ansgar Klein vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin.

Die Ziele und Arbeitsfragestellungen des Workshops waren:

1. Eine institutionen- und fachpolitische Standortbestimmung auf Bundes- und örtlicher Ebene

Präsentiert und diskutiert wurden Arbeitsansätze, Praxismodelle und Erfahrungen von Freiwilligenagenturen / -Zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros im Arbeits- und Kooperationsfeld „Familie“. Jenseits verschiedener Konzeptionen, Arbeitsweisen und -aufgaben, die diese engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen jeweils haben, ging es darum,

- sich auf einen der Lebenswirklichkeit und den Engagementpotenzialen der Menschen angemessenen Familienbegriff zu verständigen („sorgende Netze“)
- sowie darum, den Nutzen bestehender Kooperationen sichtbar zu machen und weitere einrichtungenübergreifende Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen.

2. Brückenschläge im Handlungsfeld Engagement- und Familienförderung

Die Anliegen und Probleme von Familien sind Bestandteil der Arbeit von engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen und Ansatzpunkte dafür, mit Familien- und Elterninitiativen, mit anderen Netzwerken (z.B. Mehrgenerationenhäusern, Lokalen Bündnissen für Familie) und mit kommunalen Behörden und Versorgungseinrichtungen zusammenzuarbeiten. Im Verlauf der Workshops wurden bestehende Kooperationen vorgestellt, Chancen und Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten und Probleme herausgearbeitet.

3. Die sozialpolitische Verankerung örtlicher Kooperationen und Netzwerke zur Förderung von Familien und bürgerschaftlichem Engagement

Der Austausch über Praxiserfahrungen, -modelle und -konzepte beinhaltete, sowohl förderliche und hemmende soziale Faktoren als auch sozialpolitische Rahmenbedingungen und Perspektiven zu erörtern. Dazu gehörte zum einen die besondere ungleiche „Chancenverteilung“ für eine gelingende Verbindung von Familienarbeit, Erwerbsarbeit und sozialem bzw. bürgerschaftlichem Engagement zu Lasten von Frauen. Zum anderen spielten immer wieder Schwierigkeiten eine Rolle, die aus Konzept- und Ressourcenkonkurrenzen bzw. begrenzten Kapazitäten resultieren oder mit eingeschränkten Mitwirkungs- bzw. Einflussnahmemöglichkeiten im Institutionengeflecht vor Ort zu tun haben.

Gesamtziel des Workshops war es, Impulse zur Kooperation, Verankerung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements in lokalen Netzwerken und speziell im Hinblick auf die Lebenssituation Familien zu setzen („Lokale Netze bzw. Bündnisse für bürgerschaftliches Engagement“). Deutlich wurde, dass und wie sich durch Kooperationen und eine profilierte Arbeit in Netzwerken¹ Chancen ergeben, konzeptionelle Hürden zu überwinden, Ressourcen- und Kapazitätsprobleme zu verringern, Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten zu verbessern sowie Engagement- und Familienförderung besser miteinander zu verbinden.

Spannende und ertragreiche Impulse und Diskussionen gab es; die Atmosphäre war anregend, konstruktiv und in hohem Maße kollegial: Nicht nur thematisch, sondern auch in der persönlichen Begegnung war also der mit dem Workshop angestrebte Brückenschlag gelungen. Die Atmosphäre ist kaum vermittelbar, aber die Impulse und Diskussionen möchten wir doch auch den Mitarbeiter/innen von engagementfördernden Infrastruktur- und

Beratungseinrichtungen und weiteren interessierten Multiplikator/innen der Engagement- und Familienförderung zugänglich machen, die nicht an dem Workshop teilnehmen konnten. Daher dokumentieren wir in diesem NAKOS EXTRA-Themenheft die Beiträge der Referent/innen und den zusammenfassenden Bericht von Ute Wiepel vom BBE.

Danken möchte ich an dieser Stelle den mitwirkenden Referent/innen und engagierten Teilnehmer/innen, Ansgar Klein für die gelungene Moderation, den Kooperationspartnern für die gute gemeinsame Abstimmung und Vorbereitung und Margit Wiegand von der NAKOS sowie Marion Ackermann von der FES für die Organisation des Workshops. Ein ganz besonderer Dank geht an Albrecht Koschützke vom Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der FES, ohne dessen Einsatz und Unterstützung (und streitbare Mitwirkung) weder dieser ertragreiche Workshop, dessen lebendige und angenehme Atmosphäre, noch diese Dokumentation hätten realisiert werden können.

Wolfgang Thiel

Anmerkung

- 1 Siehe dazu die Beiträge in dem ebenfalls kooperativ realisierten NAKOS EXTRA-Themenheft „Mit Profil im Netzwerk. Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros“ (NAKOS [Hrsg.]: NAKOS EXTRA 33, Berlin, Dezember 2002).

Gisela Notz

Familie heute ... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?

Zunächst möchte ich beim Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“, der die Bürgergesellschaft als zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte begreift und bei den Kooperationspartner/innen um NAKOS für die Einladung bedanken. Zur aktuellen Reformdebatte gehört auch die Rückverlagerung sozialstaatlicher Verantwortung in die Familien. Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Familien“ fügt sich nahtlos in die politischen Diskussionen über Eigenverantwortung, sozialen Wandel und die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ein.

Als Erstes wäre zu klären was Familien heute sind. Dann wäre der Frage nachzugehen, ob bürgerschaftliches Engagement von oder für oder mit Familien geleistet wird, erst dann kann verdeutlicht werden, was Familie mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun hat und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Was sind Familien?

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird „Familie“ in der Verknüpfung mit Ehe unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. Die gelebte Realität geht an dem einen gültigen Familienbild schon lange vorbei. Heute wird „Familie“ in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt: Der Siebte Familienbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend definiert Familie als eine „Gemeinschaft mit starken Bindungen, in der mehrere Generationen füreinander sorgen“. „Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken“, ist die treffendere Definition des „Zukunftsforum Familie“ (dies ist eine neue, von der AWO gegründete Familienorganisation). Nun ließe sich darüber streiten, was heute dauerhaft ist und wir wissen auch, dass

Familie nicht immer der Ort ist, an dem Verantwortung und Zuwendung füreinander die Hauptanliegen sind. Familie ist, wie kaum eine andere Institution, Projektionsfläche für Gefühle und Empfindungen, nicht nur positiver Art. Darüber sagt auch der Familienbericht wenig. Familie wird glorifiziert, wenn in der Stellungnahme der Bundesregierung behauptet wird „Familie ist im wahrsten Sinne des Wortes der ursprüngliche Ort, wo Alltagssolidaritäten gelebt werden“ (Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1360, S. XXIII).

Familien sind eben nicht nur „für alle Familienmitglieder zentrale Orte des Kompetenzerwerbs“, die „gerade zu Zeiten großer Veränderungen materielle Sicherheit, Unterstützung, Rückhalt und Geborgenheit“ sowie „Lebensqualität und Zusammenhalt“ vermitteln (ebd., S. XXIV). Viele Familien können das nicht, weil sie überfordert sind und weil ihnen die Ressourcen fehlen. Sie sind arm, weil ihre Mitglieder keine Erwerbsarbeit haben, oder weil sie so wenig verdienen, dass es ihnen am Lebensnotwendigen fehlt (*Working Poor*). Menschen aus armen Familien sind, auch wenn sie gut qualifiziert sind, oft gezwungen, reichen Familien für ein Trinkgeld zu dienen. Viele der Dienenden kommen aus anderen Ländern. Arme und reiche Menschen haben Familien. Neue Unter- und Überschichtungen entstehen zwischen Familien und auch zwischen Frauen. Freilich sind nicht nur arme Familien oft überfordert, besonders dann, wenn Probleme auftreten oder wenn die mobile Gesellschaft ihnen unter dem Stichwort „Multilokalität“ verschiedene Wohnorte zuweist. Die Familie gibt es wirklich nicht, und es hat sie nie gegeben. Man muss schon fragen, wie Familien personell zusammengesetzt sind, wie sie wohnen, welche Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen, wie sie arbeiten und was sie tun, wenn sie keine Erwerbsarbeit haben, oder wie sie ihre „Freizeit“ verbringen, und natürlich auch, wie ihre sozialen Netzwerke funktionieren (Notz 2003).

Anfang der 1970er Jahre kritisierten die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen neuen Frauenbewegungen nicht nur die Trennung der Bereiche öffentlich und privat und die Zuständigkeit von Frauen für den privaten Bereich, sondern auch die Männergewalt über Frauen und Kinder. Aus dieser Kritik entwickelten sich alternative Formen des Zusammenlebens durch selbstorganisierte Wohngemeinschaften, zum großen Teil ohne verwandtschaftliche Beziehungen, kommunitäre Arbeits- und Lebensformen und Kinderläden, alles Orte bürgerschaftlichen Engagements. Heute werden Familien durch vielfältige variable und flexible Beziehungsnetze unterwandert. Sie müssen, ebenso wenig wie die Ehe, auf Ewigkeit angelegt sein (Notz 2004). Ebenso wie die „normalbesetzte

Familie“, die es auch weiter gibt und geben wird, leisten sie ein erhebliches Maß an bürgerschaftlichem Engagement und / oder brauchen selbst strukturelle Unterstützung in Form von Infrastruktur, bürgerschaftlichem Engagement und Familienselbsthilfe.

Bürgerschaftliches Engagement wird (nicht nur, aber auch) von und in Familien geleistet

Bürgerschaftliches Engagement wird unbezahlt geleistet, egal ob man es als Arbeit oder als Tätigkeit bezeichnet. Gerade aus den jüngsten Studien (Gensicke u.a. 2006) geht hervor, dass es in vielen Arbeitsfeldern stattfindet. Erfasst werden die Engagementbereiche Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, Politik und Interessenvertretung, berufliche Interessenvertretung, Rettungsdienste und Freiwilligen Feuerwehr, Umwelt- und Tierschutz, Justiz und Kriminalitätsprobleme ebenso wie Schule und Kindergarten, außerschulische Jugendarbeit und Bildung, lokales Bürgerengagement, sozialer Bereich, Gesundheitsbereich, Kirche und Religion. Darunter sind etliche Bereiche gefasst, die eng mit Familie zusammenhängen. Jugendliche stellen eine starke Gruppe mit einer stabilen Engagementkultur, und das freiwillige Engagement der Älteren wächst ständig. Jugendfreiwilligendienste, Freiwilliges Soziales Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sind gerne gewählte „Alternativen“ in der Warteschleife zu Studium, Lehre oder Berufsausübung. *SeniorTrainerInnen* und *SeniorExpertInnen* organisieren und koordinieren das Erfahrungswissen und die Zeitressourcen der Älteren zum Wohle der Gemeinschaft. „Mehrgenerationenhäuser, generationsoffenes bürgerschaftliches Engagement und generationsübergreifende Freiwilligendienste sind wichtige Grundpfeiler eines zivilgesellschaftlichen Generationenvertrags für Deutschland,“ so die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in ihrem Vorwort zur neuen Studie zum Freiwilligen Engagement in Deutschland (ebd., S. 5). Familienmänner, so geht es aus der Studie hervor, engagieren sich zunehmend auch im Bereich von Schule und Kindergarten sowie im sozialen Bereich, aber es sind immer noch hauptsächlich Familienfrauen, die sich dafür zuständig fühlen, weil sie die radikal andere Arbeitsteilung, die hinter dem Slogan „das Private ist politisch“ stand, (noch) nicht durchsetzen konnten (Notz 2006).

Auch die Trennung von *Amt* und *Arbeit* funktioniert immer noch. Auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen dem politischen *Ehrenamt* in den Vorständen der Wohlfahrtsverbände, Sportvereine und auch in

Familienverbänden, in Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Gremien und zwischen ehrenamtlicher oder „freiwilliger“ *Arbeit* als unbezahlte, fürsorgliche Arbeit (oder auch Tätigkeit), schon lange nicht nur im Sozial- und Gesundheitsbereich, sondern auch in vielen anderen Bereichen wie im kulturellen und soziokulturellen, im Sport und im Umweltschutz, habe ich schon oft hingewiesen (u.a. Notz 1989, 2000). Das *Ehrenamt* wird meist neben der bezahlten Berufsarbeit ausgeführt, teilweise werden die Amtsinhaber unter Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt und bekommen evtl. sogar eine mehr oder weniger hohe Aufwandsentschädigung. Die „freiwillige *Arbeit*“ ist scheinbar unbezahlbare Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherheit der Arbeitsbedingungen. Für diejenigen, die sie leisten, ist sie oft immer noch die einzige Form der gesellschaftlich organisierten Arbeit neben der „privaten“ Haus- und Sorgearbeit.

Nur durch eine solche Differenzierung wird auch der geschlechterspezifische Bias der „freiwilligen *Arbeit*“ deutlich: Frauen kommen im politischen *Ehrenamt* seltener vor; während Männer in der „freiwilligen *Arbeit*“ seltener zu finden sind. Da für die „freiwillige *Arbeit*“ kein Lohn bezahlt wird, bleiben viele der dort Arbeitenden abhängig von einer anderen Person, meist vom (Ehe)Mann oder vom Arbeitslosengeld II, oder sie sind auf eine geringfügig bezahlte Arbeit angewiesen. Mit dem Ansteigen der Engagementquote für Erwerbslose (27 % Männer und Frauen) tritt ehrenamtliche *Arbeit* auch für Männer an die Stelle von bezahlter Arbeit (Gensicke 2006, S. 13). Als emanzipatorische Errungenschaft ist das nicht zu bezeichnen. Auch eine Expertise des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung weist darauf hin, dass angesichts des verhärteten Strukturproblems der Massen- und Langzeiterwerbslosigkeit Appelle an einen schlanken Staat nicht ausreichen werden (Trube 2004). Zumal sich schon lange die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass das effektivste Bürgerengagement durch die geleistet werden kann, die sich keine Sorgen um ihre tägliche Existenz zu machen haben. Zudem ging der Anstieg des freiwilligen Engagements der Erwerbslosen vermehrt auf Frauen zurück (Gensicke 2006, S. 17), denen es schon lange als „Ersatz“ für bezahlte Arbeit angeboten wird.

Die Ideologisierung der „besonderen Qualität der Arbeitsbedingungen, der Möglichkeit von Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstreflexion“ und die Abwesenheit von „strukturellen Sachzwängen“ durch Institutionen (Gerzer-Sass 2006, S. 111), ebenso wie die Glorifizierung der Unbezahlbarkeit der Arbeit mit dem Slogan „Was ich kann, ist unbezahlbar“ (Slogan zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001) suggeriert,

dass Arbeit schon deshalb wertvoller und humaner ist, weil sie nicht bezahlt wird. Verschleiert wird so, dass fehlende Ressourcen zu neuen Abhängigkeiten und Sachzwängen führen. Zudem sollten auch professionelle Arbeitsstrukturen solche besonderen Qualitäten aufweisen. Orte des Gemeinns sind auch Kindergärten, Jugend- und andere Wohngemeinschaften, Migrant/innen- oder Frauenprojekte oder Altenzentren, wenn dort gut ausgebildete und nach dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt solchen Projekten und Einrichtungen den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort weitere sinnvolle, gesellschaftlich nützliche bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem werden auch Gegenbewegungen durch ein sich entwickelndes öffentliches Rechts- und Fördersystem immer wieder vereinnahmt, kontrolliert oder unterdrückt. Das führte dann oft zu ungewöhnlichen Bettelmaßnahmen, die nicht selten viel Zeit und Kraft kosteten.

In einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1985 habe ich aus damals vorhandenen Studien zusammengetragen, dass „der typische ehrenamtliche Mitarbeiter“ – von dem regelmäßig in den Jahresberichten der Wohlfahrtsverbände die Rede war – eine Frau im Durchschnittsalter von 53 Jahren sei, die häufig religiös sei, in einer Stadt mit über 50.000 Einwohnern wohne und mit einem überdurchschnittlichen gut verdienenden Mann verheiratet sei. Mit ihrer Ehe sei sie einigermaßen zufrieden; die Kinder seien bereits über 15 Jahre alt; sie habe keine Berufsausbildung, sei Hausfrau, lebe vom Einkommen ihres Mannes und investiere mindestens 20 Stunden im Monat für ehrenamtliche Arbeit (Notz 1985, S. 122). Das Bild hat sich heute grundlegend geändert. Schließlich haben wir es mit der bestausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten zu tun.

Vorliegende Studien und Handbücher – auch meine eigenen Studien – beschreiben in der Zwischenzeit ein viel bunteres Bild (Notz 1989, 2000; Notz / Zander 1997). Wie bereits einige frühere Forschungen (z.B. Braun / Röhrig 1986) sind auch die bundesweit angelegten Studien zum freiwilligen Engagement in Deutschland (zuletzt Gensicke u.a. 2006) zu dem Ergebnis gekommen, dass mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. 39 % der befragten Männer und nur 37 % der Frauen waren im Jahre 2004 bürgerschaftlich engagiert (Gensicke u.a. 2006, S. 13). Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Es ergibt sich von selbst, wenn die Arbeit bei den Gewerkschaften, im Sport, bei Rettungsdiensten, freiwilliger Feuerwehr etc. mitgezählt wird.

Familienvater, Vollzeit berufstätig mit regelmäßigen Überstunden, überdurchschnittliches berufliches Prestige und Einkommen – so sieht nach einer in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Studie der „neue“ typische

„Engagierte“ aus. Ohne eine (ver)sorgende Frau könnte er sich nicht so engagieren, aber er engagiert sich nicht im sozialen Bereich. Die typische weibliche Ehrenamtliche ist teilzeitbeschäftigt (in Westdeutschland) oder vollzeitbeschäftigt (in Ostdeutschland). Auch sie lebt in Partnerschaft oder Familie. Ohne den Partner, der das meiste Geld verdient, könnte sie sich nicht so engagieren – und sie engagiert sich eher im sozialen Bereich (Klenner u.a. 2001, S. 217 f.). Es wird vor allem auf den Zeitmangel der Familienfrauen abgehoben, der ihre Partizipation im öffentlichen Bereich beeinträchtigt. Bei Männern würde selbst eine hohe zeitliche Belastung im Erwerbsleben keine einengende Wirkung auf die Freiwilligenarbeit haben, da es ihnen besser gelänge, sich einen Zeitspielraum außerhalb des familiären Bereiches zu schaffen. Damit wird dann auch ihre höhere Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement, die mit einem deutlich höheren durchschnittlichen Zeitumfang verknüpft ist, erklärt. Die Schlussfolgerung, dass Frauen vor allem eine Entlastung von der privaten Versorgungsarbeit brauchen, um sich mehr und häufiger in bestimmten Bereichen engagieren zu können, ohne ihre Berufsarbeit infrage zu stellen, wird selten gezogen.

Viele Frauen lösen sich heute aus Abhängigkeiten, die Männer nie kannten. Das geänderte Rollenverständnis der Frauen, auch wenn sie Mütter oder Großmütter sind, der verstärkte Wunsch nach Teilnahme an der außerhäuslichen gesellschaftlichen Arbeit sind es vor allem, die die Veränderungsprozesse von Familien determinieren. Der Wunsch nach Teilhabe an der gesellschaftlich organisierten Arbeit führt auch dann, wenn er nicht im begehrteten Maße realisiert werden kann, dazu, dass nicht mehr selbstverständlich davon ausgegangen werden kann, dass Haus-, Pflege- und Sorgearbeiten und bürgerschaftliches Engagement billig und kostenlos wie in der Vergangenheit durch Frauen erledigt werden.

Wo wird bürgerschaftliches Engagement für und mit der Familie geleistet?

Die Pflege von Alten und Kranken, die Hospizbewegung, die vielfältigen Aktivitäten in den Kommunen und Kirchengemeinden, in den Kindergärten und Migrant/innenprojekten, im sozialen und im Gesundheitsbereich, aber auch zahlreiche Projekte im Bereich von Kultur und Soziokultur werden von Familien getragen. Familienfrauen decken die Tafeln mit abgelaufenen Lebensmitteln und kochen die Armensuppen für die ‚Zu-kurz-Gekommenen‘ und immer zahlreicher werdenden ‚Herausgefallenen‘. Nicht zu

vergessen ist der Selbsthilfebereich. Auch Arbeit in Selbsthilfegruppen ist unbezahlt geleistete Arbeit und viele Arbeitsfelder der Selbsthilfe und Selbstsorge hängen mit Familie zusammen. Zur Familienselbsthilfe zählen Stillgruppen, Spiel- und Krabbelgruppen, Elternstammtische, Gruppen von Eltern chronisch kranker oder behinderter Kinder, Stiefelterngruppen, Gruppen von alleinerziehenden Müttern und Vätern, Mütter- und Familienzentren, Nachbarschaftszentren, Gruppen von pflegenden Angehörigen, von psychisch Kranken, von Suchtkranken, Wohngruppen und anderes. Durch ihre Arbeit in den Gruppen erfahren die Mitglieder vor allem emotionale Entlastung, persönliche Zuwendung, das Gefühl, nicht allein zu sein sowie Anteilnahme an ihrem Schicksal. Sie lernen, ihre Interessen besser innerhalb der Familie und nach außen vertreten zu können (Thiel u.a. 2005, S. 180).

Was hat dann Familie heute mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?

In der aktuellen sozialpolitischen Debatte hat die Diskussion um den „aktivierenden“ Staat, die Zivilgesellschaft, um Selbsthilfe, Bürgersinn und Gemeinsinn Konjunktur. In der aktuellen Diskussion um die „Krise der Familie“ werden bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe als eine Möglichkeit, neue Formen sorgender Netze zu schaffen, angesehen, die familienbezogen, familienergänzend und familienentlastend sein sollen (NAKOS 2005, S. 11). Solange ein Ausgleich durch Familie und Ehrenamt erwartet werden kann, wird bezahlte Arbeit abgebaut. „Neue Netze“ will auch die Bundesregierung schaffen, „um die Vorteile der früheren Großfamilie in moderne Sozialstrukturen übertragen zu können“. Sie will deshalb „Mehrgenerationenhäuser als familienunterstützende Zentren schaffen.“ Sie sollen bürgerschaftliches Engagement erschließen, Zusammenhalt erfahrbar machen, Alltagskompetenzen und Erziehungswissen weitergeben und Antworten darauf geben, „wie die Generationen sich untereinander helfen können in einer Gesellschaft des langen Lebens“ (Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1360, S. XXIV). Hier wird das viel zitierte und glorifizierte „ganze Haus“ der vorindustriellen Gesellschaft aus dem Museum gezerrt. Das war eine Familienform, zu der verwandte und nicht verwandte Personen zählten. Eine Familienform, die ebenso wenig wie die folgenden Familientypen eine „heile Familie“ war und – abgesehen davon, dass sie nur für eine kurze Zeitspanne, vornehmlich im großbäuerlichen Bereich existierte – bereits patriarchalisch

organisiert war (Notz 2004, S. 7 f.). Mit den Mehrgenerationenhäusern will das Familienministerium Zentren schaffen, die sich in die Nachbarschaft öffnen. In ihnen soll generationsübergreifend Alltagsolidarität gelebt werden. Die Bundesregierung will auch mit den Lokalen Bündnissen für Familie den lokalen Familienbezug des bürgerschaftlichen Engagements weiter stärken. Der Verdacht, dass mit ihrer Einrichtung sozialstaatliche Kosten gespart werden sollen, um sie der Eigenverantwortung zu übertragen, liegt nahe. Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Familienselbsthilfe sind notwendig, sie dürfen aber nicht als kostengünstige und bedarfsgerechte Antwort auf eine ganze Palette sozialer Problemlagen und von Alltagsproblemen „gehandelt“ werden, die Familien dann schließlich doch selbst bewältigen müssen.

Während der 1970er Jahre entstanden zahlreiche Selbsthilfegruppen im Sinne von Stützsystemen im lebensweltlichen Gesamtzusammenhang von Familien. In der Alt-BRD war die Selbsthilfebewegung zu Beginn der 1970er Jahre oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände und Sozialsysteme. Sie war damals eine Art Gegenbewegung für Forderungen von Jugendlichen und Erwachsenen, auch Frauengruppen, Wohngemeinschaften und Bezugsgruppen, die damals die Familie ergänzten, für neue, eigene, den Menschen nahe Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, gegen überkommene, einschränkende, unterdrückende, unzulängliche öffentliche Angebotsstrukturen. Ebenso wie Bürgerinitiativen, die Missstände in den Wohngebieten und in der Gesellschaft anprangerten. Optimal organisierte Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen fragten auch nach den Wurzeln der Probleme, mit denen sie sich beschäftigten, und arbeiteten an Maßnahmen, um ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern. Sie suchen auch heute noch nach Lösungen, damit andere Menschen nicht in solche und ähnliche Notlagen kommen. Historisch lässt sich mit dem Begriff Selbsthilfe jener politische Prozess markieren, in dem sich soziale Sicherungssysteme und professionelle Helfer/innen herausgebildet haben, in dem sich selbstorganisierte Jugend- und Wohlfahrtsverbände gründeten, in dem Gegenbewegungen immer wieder aufkamen (z.B. Arbeiterkinder, -jugend und Familienwohnprojekte der Weimarer Zeit). Solche Zusammenschlüsse richteten immer auch Forderungen an den Sozialstaat.

Selbsthilfebewegungen sind Teil des bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind auch heute von großer Bedeutung, weil sie geeignet erscheinen, soziale Kontakte der einzelnen Familienmitglieder zu erweitern, Isolation vorzubeugen und zur gesellschaftlichen Integration und Partizipation von Familien am öffentlichen Leben beizutragen. Viele Arbeiten, die

dort geleistet werden, können nicht durch professionelle Hilfe erbracht werden, vor allem, weil (angeblich) das Geld fehlt. Dennoch brauchen Selbsthilfegruppen, wie auch bürgerschaftliches Engagement, die Unterstützung und Begleitung von Professionellen, um effektiv arbeiten zu können (vgl. auch NAKOS 2006). Unterbleibt diese Unterstützung, so erfahren die Selbsthelfer/innen nicht selten Überforderung durch emotionale, psychische und zeitliche Belastungen. Das schränkt die positiven Aspekte der Familienselbsthilfe ein (vgl. auch Notz 2001).

Nicht jede Selbsthilfegruppe hat zugleich einen politischen Anspruch. Dort wo er besteht, geht es oft um eine politische Praxis, die lediglich Symptome kuriert. Hinter einem Mütterzentrum verbirgt sich oft etwas Anderes, als hinter einer Elternselbsthilfegruppe, die einen Kinderladen aufbaut. Aber beide sind unter Umständen geeignet, nicht nur Betreuungsplätze, sondern auch Treffpunkte für Eltern einzurichten, das Vater-Mutter-Kind-Familienbild zu erweitern und die Misere, die mit der bürgerlichen Familienideologie mit ihren klaren Rollenzuweisungen verbunden ist und die mit dem Primat der Hausversorgung einhergeht, in Zweifel zu ziehen. Beide können sozialstaatliche Forderungen an finanzierbare pädagogisch wertvolle Betreuung stellen oder familienpolitische Vorstellungen zur Akzeptanz „alternativer“ Formen des (Zusammen)Lebens entwickeln und so Orientierungsräume und Unterstützungssysteme für verschiedene Lebensformen bilden.

Die Notwendigkeit der Elterninitiativen und Mütterzentren ergibt sich vor allem, weil der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen in der Bundesrepublik (besonders im Westen) unzureichend gedeckt ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es in Schweden, einem Land mit noch relativ gut ausgestatteten Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Selbsthilfegruppen eher um Lobbygruppen (z.B. für Kinderrechte) geht, während die BRD eher Eltern-Kind-Gruppen und Mütterzentren kennt. Aus dieser Tatsache wird deutlich, dass eine gute sozialstaatliche Versorgung auch Kräfte freisetzt, die für Betroffenengruppen eingesetzt werden können, die ihre Interessen selbst (noch) nicht artikulieren können.

Bürgerschaftliches Engagement für Familien und Familienselbsthilfe ist weiblich

„Familien“ sind wesentliche Adressatinnen und Partnerinnen von engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen wie Freiwilligenagenturen / -Zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros.

Kooperationsbeispiele und Möglichkeiten in örtlichen Netzwerken werden im Laufe dieser Tagung noch dargestellt. Darauf, dass Frauen auch in vielen Selbsthilfegruppen die Sozial- und Kümmerarbeiten machen (ca. 70 %) weisen Selbsthelferinnen immer wieder hin. In der Familienselbsthilfe sind es sogar 90 % (Erler / von Tschilschke 1998, S. 26). Auch Annemarie Gerzer macht darauf aufmerksam, dass viele Initiativen von Frauen getragen werden. In Elterninitiativen sind ca. 70 % der Aktiven Frauen, in den Familien- und Mütterzentren, den Stillgruppen und den Mutter-Kind-Gruppen praktisch 100 % (Gerzer-Sass 2006, S. 99). Monika Jäckel stellt in einem Bericht zur Familienselbsthilfe ganz einfach fest: Die Familienselbsthilfe ist weiblich. Sie beobachtet zusätzlich bei Frauen in Selbsthilfegruppen eine signifikant höhere Stundenzahl als bei Männern und führt das höhere Engagement auf die unterschiedliche Wertschätzung zurück, die diese Arbeitsform bei Frauen erfährt. Sie schließt daraus, dass auch soziale Fragen und Nachbarschaftsfragen bei Frauen einen höheren Stellenwert haben, als bei Männer (vgl. Gerzer-Sass / Erler 1999). Die Mithilfe von Männern beschränkt sich meist eher auf handwerkliche Tätigkeiten oder sie helfen bei Festen, z. B. beim Grillen (Erler / Tschilschke 1998, S. 31). Nach einer aktuellen Studie zur Evaluation von Familienselbsthilfe investieren bei den Münchener Elterninitiativen die Frauen doppelt so viele Arbeitsstunden in die Initiative wie Männer (Deutsches Jugendinstitut 1997).

Familienselbsthilfe ist ein Programm für Mittelschichtfamilien

Eltern-Kind-Gruppen und andere Gruppen, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement für und mit Familien beschäftigen, sind allzu oft Programme für ohnehin privilegierte Mittelschichtfamilien, die bestimmte Menschen, die mit weniger Ressourcen an Zeit und Geld ausgestattet sind, ausschließen (Gerzer-Sass / Erler 1999). Ausnahmen bilden einige Gruppen von Alleinerziehenden und einige Mütterzentren. Auch wenn die zunehmende Problematik von Kinder- und Familienarmut nicht durch Selbsthilfe gelöst werden kann, erscheint die Exklusion der von Armut Betroffenen problematisch. Eindeutig ist die soziale Selektivität der Familienselbsthilfe in Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit und Nationalität. Das Deutsche Jugendinstitut hat nicht-deutsche Aktive in einer Befragung in der Familienselbsthilfe nicht vorgefunden. Dies stimmt erst recht bedenklich, denn wir wissen, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

am schrumpfenden „Familiensektor“ wächst. In der Studie empfiehlt das DJI den Verbänden, Strategien zu entwickeln durch die es gelingt, bisher unausgeschöpfte Selbsthilfepotenziale zum Abbau von sozialen Benachteiligungen und zur Bekämpfung von Problemkumulationen in städtischen Problemquartieren zu aktivieren. Ohne strukturelle Rahmenbedingungen, wie z.B. „Familienzusammenführung“ auch für „außergewöhnliche“ und binationale Familienformen und ohne die Bereitstellung von Wohnungen und Berufsausbildungsplätzen sowie existenzsichernder sinnvoller Erwerbsmöglichkeiten, kann die Aktivierung allerdings auch ins Leere laufen.

Gerade für diese Gruppen wird die „Stärkung der Selbsthilfekräfte“ (modern: Empowerment) auch immer wieder infrage gestellt, sei es, dass die Gefahr gesehen wird, dass die Fähigkeiten der Adressat/innen überschätzt werden, oder weil Problem- und Konfliktpotenziale immer wieder neu entstehen, weil man nicht an die Wurzeln z.B. der Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Geringschätzung öffentlicher Kinderbetreuung, psycho-sozialen Probleme geht, oder weil das Klientel zu früh allein gelassen wird.

Bürgerschaftliches Engagement für und mit Familien braucht Raum, Zeit, Ressourcen und Vernetzung

In den letzten Jahren wird immer wieder die Notwendigkeit der Bildung von sozialen Netzwerken hervorgehoben (Gerzer-Sass / Erler 1999). Regionale Vernetzungsstrukturen haben eine zentrale Bedeutung für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Vernetzung bedeutet aber auch zusätzliche Arbeit und erfordert zusätzliche Ressourcen personeller und materieller Art (Hebenstreit-Müller 1991). „Sorgende Netze“ zur Unterstützung von Familien sind auch professionelle Strukturen wie Kindergärten und Schulen. Vernetzungsförderung ist eine politische Aufgabe, die durch Bund, Land, Kommunen und Verbände übernommen werden muss. Daneben wird Familienbildung, die den Interessen vielfältiger Familienformen gerecht wird und in deren Rahmen außerhalb formalisierter Bildungsgänge soziale, politische und kritische Kompetenzen erlernt werden können, immer wichtiger. Dass bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeeinrichtungen auch Ermöglichungsstrukturen brauchen, ist bekannt. Information und Beratung sind ebenso wichtige und notwendige Voraussetzungen wie frei gestaltbare Räume, eine neue Zeitpolitik

und Ressourcen, vor allem Geld. Verbände und Kommunen können stützen und fördern, sollten aber ihre Hilfestellungen am Bedarf der jeweiligen Vernetzungen orientieren. Und der wird ganz unterschiedlich sein, je nach Engagementbereich, sozialer und ethnischer Herkunft, Familienform und handelnden Subjekten.

Wichtig wird es, Abgrenzungen herauszuarbeiten, welche lebensformenbezogenen Arbeiten durch den Staat übernommen werden sollen, welche marktförmig zu organisieren sind und welche in Form von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe geleistet werden können. Erst wenn die professionelle Versorgung sichergestellt ist, können sich die emanzipatorischen Kräfte von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe entfalten. Das hieße auch, bezahltes und unbezahltes Engagement für und mit Familien im Zusammenhang zu sehen. Nur so wäre das oft geforderte Zusammenspiel zwischen Institutionen und bürgerschaftlichem Engagement möglich.

Appelle an die Bereitschaft zu mehr bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe und mehr Geben und Nehmen zwischen den Generationen, wie es in der aktuellen Familienpolitik immer wieder gefordert wird, reichen für die Zukunft nicht. Bürgerschaftliches Engagement und Familienselbsthilfe kann nicht als Top-Down-Prozess (von oben nach unten) verordnet werden. Sie dürfen nicht auf Kosten von Frauen geschehen, denen das Recht auf existenzsichernde bezahlte Arbeit abgesprochen wird. Aktive Bürger/innen finden sich nicht umstandslos von selbst. Eigeninitiative darf nicht missachtet und blockiert werden, aber auch nicht als Antwort auf (fast) jedes Krisensymptom betrachtet werden.

Literatur

- Braun, Joachim / Röhrig, Peter:** Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung. Bonn 1986, S. 4-116
- Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode:** Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht. Drucksache 16/1360
- Deutsches Jugendinstitut e.V. / Arbeitsgruppe Familienpolitik:** Evaluationsstudie der Familienselbsthilfe. München 1997
- Erler, Wolfgang / von Tschilschke, Birgit:** Familienselbsthilfe in Ostdeutschland. Sozialpolitische Potentiale einer Alltagsbewegung. In: Diskurs Nr. 2/1998, S. 25-39

- Gensicke, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine:** Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Wiesbaden 2006
- Thomas Gensicke:** Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. In: Gensicke, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine 2006, S. 13
- Gerzer-Sass, Annemarie / Erler, Wolfgang:** Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“. Deutsches Jugendinstitut e.V. München 1999
- Gerzer-Sass, Annemarie:** Verwandtschaften und Wahlverwandtschaften: Familie und Selbsthilfe. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2006. Gießen 2006, S. 97-115
- Hebenstreit-Müller, Sabine:** „Das gibt einem auch Power“ – Vernetzung von Familien- und Nachbarschaftszentren. In: Hebenstreit-Müller, Sabine / Pettinger, Rudolf (Hrsg.): Organisation, Förderung und Vernetzung von Familienselbsthilfe. Bielefeld 1991, S. 126-133
- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja / Seifert, Hartmut:** Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2001
- NAKOS (Hrsg.):** Projektförderung „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken“ durch das BMFSFJ. In: NAKOS Jahresbericht 2005. Berlin 2005
- NAKOS (Hrsg.):** Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und anderen Unterstützungseinrichtungen. Ein Leitfaden. Konzepte und Praxis 1. Berlin 2006
- Notz, Gisela:** Frauenarbeit zum Nulltarif. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Professionalisierung und zurück. In: Franke, Alexa / Jost, Ingrid (Hrsg.): Das gleiche ist nicht dasselbe. Tübingen 1985
- Notz, Gisela:** Frauen im sozialen Ehrenamt. Freiburg 1989
- Notz, Gisela / Zander, Margherita:** Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen. Erfurt 1997
- Notz, Gisela:** Familienselbsthilfe in Europa – Zukunftsperspektiven aus der Sicht der Familienforschung. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien (Hrsg.): Von Nachbarn in Europa lernen. Der Beitrag der Eltern- und Familienselbsthilfe zu kinderfreundlichen Lebensbedingungen. Obertshausen 2001, S. 50-62
- Notz, Gisela:** Die neuen Freiwilligen. Neu-Ulm 2000, 2. Aufl.
- Notz, Gisela:** Familien zwischen Tradition und Utopie. Neu-Ulm 2003

- Notz, Gisela:** Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie. Frankfurt / Main 2004, 3. völlig überarb. u. aktual. Aufl.
- Notz, Gisela:** Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Neu-Ulm 2006
- Thiel, Wolfgang / Möller, Bettina / Krawielitzki, Gabriele:** Selbsthilfegruppen und Familienbezug. Zur Stärkung der Familienorientierung auf der lokalen Ebene – Situationsanalyse auf der Basis einer telefonischen Befragung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2005, Gießen 2005, S. 179-192
- Trube, Achim:** Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit: Chancen und Handlungsmöglichkeiten. Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“. Bonn 2004

*Dr. Gisela Notz
Forschungsabteilung Sozial- und
Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel: 02 28 / 88 34 67
E-Mail: gisela.notz@fes.de
Internet: www.fes.de*

FAMILIEN ALS ADRESSAT/INNEN UND PARTNER/INNEN IN DER ARBEIT VON INFRASTRUKTUR- UND BERATUNGSEINRICHTUNGEN ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Standortbestimmungen aus Sicht der Bundesebene

„Familie“ im Handlungsfeld von Freiwilligenagenturen und Freiwilligen-Zentren

Tobias Baur

Freiwilligenagenturen und „Familie“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa)

Die bagfa ist ein fachbezogener Zusammenschluss von über 80 kommunalen und regionalen Freiwilligenagenturen (dieser Sammelbegriff umfasst auch ähnliche Bezeichnungen, wie Freiwilligenbörsen, -büros, -zentralen oder -Zentren). Als bundesweite Kontaktstelle zur Information, Beratung und Qualitätsentwicklung von Freiwilligenagenturen unterstützt die bagfa die Arbeit dieser lokalen Anlaufstellen zur Engagementförderung konzeptionell, durch Fortbildungen und Fachveranstaltungen. Arbeitsbereiche der bagfa sind unter anderem:

- Unterstützen bei der Gründung und Weiterentwicklung von Freiwilligenagenturen
- Erarbeiten von Qualitätsstandards für Freiwilligenagenturen

- Durchführen von Fachtagungen und Qualifizierungsmaßnahmen im Freiwilligenmanagement
- Vermitteln von fachlichem und organisatorischem Wissen; Ausarbeiten sozialpolitischer und fachlicher Stellungnahmen.

Zur Förderung der Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements bestehen Kooperationen mit Bundesverbänden, Netzwerken und Stiftungen, sozial verantwortlichen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Institutionen der Politik und Verwaltung. Hierbei stützt sich die bagfa auch auf vorhandene Netzwerke lokaler Akteure; hierzu zählen unter anderem elf Landesarbeitsgemeinschaften und Regionalgruppen von Freiwilligenagenturen sowie bundesweite Arbeitsgruppen; zum Themenfeld Familie arbeitet die AG „Engagementangebote für Kinder, Jugendliche und Familien“.

Das Handlungsfeld „Familie“

Die Familie ist in doppelter Weise relevant für die Arbeit von Freiwilligenagenturen: zum einen als aktive Partnerin für lokales Engagement über Generationengrenzen hinweg, zum anderen als Einsatzfeld für familiennahe Unterstützungs- und Hilfeleistungen. Solche Einsatzgelegenheiten ergeben sich typischerweise oft im Bereich der Übergänge zwischen verschiedenen Lebensphasen und biographischen Einschnitten wie Ausbildung, Berufseinstieg, Elternschaft, Familienphase, Entberuflichung. Kurzfristige Interventionen sind auch möglich bei Krisenerlebnissen wie Krankheit, Ehescheidung, Ortswechsel oder Überschuldung.

Im engagementfreundlichen Sinn sollte hierbei nicht von einem engen „familienrechtlichen“ Verwandtschaftsverhältnis ausgegangen werden. Stattdessen sollte entsprechend den Erkenntnissen der Familiensoziologie ein weiter Familienbegriff zugrundegelegt werden, der auch andere verantwortliche Beziehungen und Lebensweisen im Sinne einer „Patchworkfamilie“ umfasst. Maßstab einer solchen „Wahlverwandtschaft“ könnte ein auf eine gewisse Dauer angelegtes tatsächlich geübtes Sorgeverhältnis sein.

Der Einsatz freiwillig Engagierter richtet sich im Bedarfsfall nach der Lebenslage der hilfebedürftigen Personen; hierbei sind nicht selten „nur“ alltagspraktische Hilfefähigkeiten gefragt, die sich gerade zwischen den

Generationen relativ einfach mittels einer Zeitspende vermitteln lassen. Beispiele hierfür sind zahllose Patenschafts- und Mentorenmodelle wie z.B. „Leihgroßeltern“. Dabei ist jedoch zu beachten, dass solche Fürsorgeverhältnisse zumeist ganz besondere Anforderungen an eine sicher verlässliche Durchführung stellen.

Ein auf längere Dauer und Verbindlichkeit angelegter generationsübergreifender Freiwilligendienst wird derzeit in einem von der bagfa getragenen Modellprojekt unter Beteiligung von insgesamt zehn Freiwilligenagenturen erprobt.

Als Musterbeispiel einer kurzfristigen familiennahen Unterstützung durch einen ehrenamtlichen Freiwilligendienst wird hier ein Projekt vorgestellt, das 2005 mit einem Innovationspreis der bagfa (Start-up-Preis) ausgezeichnet worden war: die „Familienfeuerwehr“ des Freiwilligen-Zentrums Aachen (Träger: Caritasverband für Aachen-Stadt und Aachen-Land; siehe auch Aloys Bushuven in diesem NAKOS EXTRA und auf www.freiwilligenzentrum-aachen.de).

Über die sozialen Dienste und direkte Anfragen im Freiwilligen-Zentrum Aachen wurde festgestellt, dass eine Vielzahl von Familien in Notsituationen geraten. So ergab sich immer wieder spontan die Notwendigkeit, z.B. Kinder zu betreuen oder pflegebedürftige Eltern durch Dritte zu beaufsichtigen. Mit der „Familienfeuerwehr“, die sich aus einem Kreis von Ehrenamtlichen zusammensetzt, steht das Freiwilligen-Zentrum in und für Notfallsituationen bereit. Durch die „Familienfeuerwehr“ sollen die Familien und nächsten Angehörigen in die Lage versetzt werden, ihre Kinder und Eltern sicher weiterhin zu Hause zu betreuen. Dies soll nicht an kurzfristigen Engpässen scheitern. Allerdings ist dieser Einsatz begrenzt. Bei längerfristigem Bedarf wird an einen professionellen Dienst weitervermittelt.

Tobias Baur
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen e.V. – bagfa
Torstraße 231
10115 Berlin
Tel: 030 / 20 45 33 66
E-Mail: tobias.baur@bagfa.de
Internet: www.bagfa.de

Aloys Bushuven

Freiwilligen-Zentren und „Familie“

Der Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband

Der Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband resultiert aus dem Modellverbund der Freiwilligen-Zentren des Deutschen Caritasverbandes aus dem Jahr 1996. Damals wurde mit 16 Zentren gestartet. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Modells wurde der jetzige Verbund gegründet. Heute sind über 43 Zentren Mitglied im Verbund.

Ein verbindendes Merkmal ist die Rahmenkonzeption. Diese beschreibt vier Profildomänen. Zum einen ist es die Information und Beratung Ehrenamtlicher, zum anderen die Beratung von Organisationen, die ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement implementieren wollen. Zum dritten das Forum (Lobbyarbeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit) und zum vierten handelt es sich um den Werkstattbereich. Im Werkstattbereich werden Menschen unterstützt, die ihrerseits ehrenamtlich Ideen umsetzen möchten.

Das Konzept der Freiwilligen-Zentren sieht ferner vor, dass es keine direkte Vermittlung, also vom Ehrenamtlichen zum Hilfebedürftigen, gibt. Die Vermittlung geschieht ausschließlich an Organisationen.

Das Handlungsfeld „Familie“

In den letzten Jahren hat es im Bereich der Familien folgende Entwicklungen gegeben:

In einigen Zentren wurden in Projektform Angebote zur Entlastung von Familien beispielsweise mit Kindern oder an Demenz erkrankten Personen entwickelt. So entstanden

- in Aachen das Projekt „Familienfeuerwehr“,
- in Mönchengladbach die Projekte zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen und ein Projekt zur Unterstützung psychisch kranker Menschen.

Über die Projekte leisten die Freiwilligen Zentren eine direkte Hilfe.

Ein traditioneller Schwerpunkt ist die Vermittlung an Einrichtungen, deren Angebot auf Unterstützung von Familien zielt. Hier ist z.B. die Vermittlung in den Schulbereich, in den Altenhilfebereich etc. zur Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung zu nennen.

Auf diesem kurz geschilderten Hintergrund wird deutlich, dass die Freiwilligen-Zentren als eine Infrastruktureinrichtung des bürgerschaftlichen Engagements direkt oder indirekt zur Unterstützung von Familien – Familien in einer breiten Definition verstanden – beitragen. Im lokalen Feld sind die Freiwilligen-Zentren wichtige Kooperationspartner, die aufgrund der vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse über die soziale Infrastruktur wichtige Ressourcen benennen und Kontakte herstellen können.

Aloys Bushuven
Deutscher Caritasverband, Ref. Gemeindec Caritas
– Verbund Freiwilligen-Zentren
Albertusstraße 36
41061 Mönchengladbach
Tel: 021 61 / 81 02 13
Fax: 021 61 / 81 02-52
E-Mail: bushuven@caritas-mg.net

Christian Wienberg

„Familie“ im Handlungsfeld von Seniorenbüros

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren- büros e.V. (BaS)

Seniorenbüros haben vor vierzehn Jahren als Bundesmodellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit 44 Einrichtungen begonnen. Inzwischen gibt es mehr als 160 Einrichtungen in Deutschland, von denen über 80 Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS) sind. Dass nicht alle Mitglied sind, liegt vor allem an den strengen Kriterien der BaS.

Weil der Name nicht geschützt ist, wollen wir auch weiterhin darauf achten, dass bei aller Verschiedenheit der einzelnen Einrichtungen in den Städten, Kreisen und Kommunen gemeinsame profilbildende Standards, Zielsetzungen und Arbeitsformen vorhanden sind.

Seniorenbüros sind engagementfördernde Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstellen für ehrenamtliches und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement älterer Männer und Frauen hauptsächlich nach der beruflichen und familiären Lebensphase. Aber auch Jüngere nehmen Kontakt auf, insbesondere dort, wo es keine anderen engagementfördernden Einrichtungen gibt. Diese Menschen werden beraten und zu freiwilligen Tätigkeiten in gemeinnützigen Einrichtungen, Verbänden, Initiativen und Projekten motiviert und vermittelt. Die Engagementfelder in den Bereichen der Kultur, der Bildung, des Sozialen, des Sports, der Ökologie, der Gesundheit, der Freizeit und weiteren Feldern haben sich in den zurückliegenden Jahren enorm ausgeweitet.

Seniorenbüros waren von Anfang an und sind auch weitgehend immer noch mit einem kleinen Stab hauptamtlicher Mitarbeiter/innen besetzt, um regelmäßige Öffnungszeiten und einen verlässlichen Zugang für interessierte Ältere zu gewährleisten. Wir Älteren übernehmen gerne freiwillige Tätigkeiten, aber wir wollen nicht auch noch unsere eigenen Unternehmer/innen sein. Die Kommune trägt die Verantwortung für die Bereitstellung adäquater Rahmenbedingungen.

Das Aufgabenprofil hat sich mit den Jahren der Praxis erweitert. Allerdings haben Seniorenbüros nicht überall den gleichen Umfang und dieselben Schwerpunkte. Da gibt es durchaus größere Unterschiede.

Gegenwärtig sieht das insgesamt so aus:

Im Zusammenhang mit der Kernaufgabe der Beratung und Vermittlung werden Angebote und Bedarfe ermittelt, neue Tätigkeitsfelder erschlossen und fachgerechte Einsatz- und Rahmenbedingungen gemeinsam erarbeitet und diese mit den Verantwortlichen in den Tätigkeitsfeldern vereinbart.

Entscheidend ist dabei für uns, dass Freiwillige nicht als Ersatz für aufgebene berufliche Arbeit eingesetzt werden, sondern immer nur zusätzlich vorhandene soziale, kulturelle oder Freizeitarbeit bereichern. Freiwillige Ältere sollen aber auch ganz neue Projekte entwickeln und erproben können. Sie sollen in herrschafts- und hierarchiearmen Betriebsstrukturen möglichst in Teams mitarbeiten, wobei ihre Kompetenz und ihr Einsatz einer besonderen Anerkennungskultur bedarf.

Die weiteren Säulen des Profils von Seniorenbüros:

- Seniorenbüros sind Orte der Begegnung oder arbeiten eng mit solchen lokalen Angeboten zusammen. Das ist für uns Ältere besonders wichtig, weil mit der Pensionierung ein sehr großer Teil der bisherigen über den Beruf definierten Beziehungen beendet ist. Sie suchen nicht nur nach neuen kompetenz- und erfahrungsbezogenen freiwilligen Tätigkeiten, sondern auch freundschaftliche Begegnungen, nicht zuletzt, um die Tätigkeiten zu reflektieren. Außerdem geben die Begegnungsmöglichkeiten die Gelegenheit, Partner und Familien in die freiwilligen Tätigkeiten einzubeziehen.
- Die dritte Säule ist die der Bildung. Es werden Qualifizierungen für die gewählten freiwilligen Tätigkeiten angeboten, aber auch interessenorientierte Lernfelder werden ermöglicht. Ein besonderes Interesse haben in den letzten Jahren neben Literatur und Sprachen das Lernen des Umgangs mit den technischen Kommunikationsmitteln gefunden. Das hat auch den Familienzusammenhang gestärkt.
- Seniorenbüros sind viertens Orte der Projektentwicklung, wobei alles aufgenommen werden kann, was als gesellschaftlicher Bedarf erkannt wird und alles, was für Einzelne oder Gruppen von Interesse ist. Wichtig ist dabei, dass solche Projektentwicklung und deren Umsetzung im Team und möglichst generationenübergreifend geschieht. Die Philosophie heißt: „Ich habe eine Idee und möchte sie selbst entwickeln und umsetzen“. Das Seniorenbüro gewährleistet dafür die notwendigen

Rahmenbedingungen, z.B. Räume und Sachmittel. Deren Philosophie heißt: „Mach es nach eigener Erkenntnis und mit eigener Kompetenz und Verantwortung.“

Seniorenbüros haben sehr unterschiedliche Träger: Kommunen, Verbände und extra dafür gegründete Vereine.

Seniorenbüros sind Mitglied in örtlichen Netzwerken. Sie haben sich oft an der Gründung solcher generationenübergreifenden Netzwerke des bürgerschaftlichen Engagements beteiligt, wie z.B. wir in Hamburg an der Gründung und Entwicklung des Netzwerks „AKTIVOLI“ (www.aktivoli.de) beteiligt sind.

Das Handlungsfeld „Familie“

Zur Ausgangssituation: „Familie“ ist in Seniorenbüros ein ständiges Lebensthema in den Beratungen, Begegnungen und Engagementfeldern. Wir Älteren gestalten unsere Tätigkeiten im Spannungsfeld zwischen Unternehmungslust und Familienbeziehungen, die sich mit der Pensionierung wesentlich verändern. Auf der individuellen Ebene werden Erfahrungen ausgetauscht und Krisensituationen besprochen, die einen nicht unwesentlichen Einfluss auf das persönliche Engagement haben.

Außerdem spielen die mitgebrachten Familienbilder, -normen und -formen eine große Rolle. Ich selbst stamme aus einer bürgerlich-national und pietistisch geprägten Familie, bin 1935 geboren und der Älteste von neun Kindern, die mit strengen ethischen Normen, ideologischen Orientierungen und schwierigen finanziellen und sozialen Verhältnissen aufgewachsen sind. Das lässt sich zwar nicht generalisieren, aber insgesamt sind wir Älteren eine durch die Verhältnisse des vergangenen Jahrhunderts stark geprägte Generation. Das bestimmt wesentlich die innerfamiliären Verhältnisse der gegenwärtigen Generationen. In den 1960er Jahren haben die Familienverhältnisse eine grundsätzliche emanzipatorische Veränderung erfahren (die Zeitschrift „Eltern“ bspw. hat wesentlich dazu beigetragen), so dass die Generation der jetzt 55- bis 60-Jährigen (die „68er“) auf sehr veränderte vielfältige Familienerfahrungen und -beziehungen zurückblicken kann.

In geringem Maße ist „Familie“ bisher direkt Engagement-, Projekt- oder Kooperationsfeld für Seniorenbüros. Die BaS-Geschäftsstelle hat zwar zur Vorbereitung dieses Workshops eine entsprechende Umfrage unter den Seniorenbüros gestartet, aber leider so geringe Rückmeldungen erhalten,

dass sich zurzeit gesicherte Aussagen nicht machen lassen. Erkennbar ist, dass familienunterstützende Projekte in Ballungsräumen mit hohen Anteilen von Migrant/innen in Kooperation mit Familienbildungsstätten und Wohlfahrtsverbänden begonnen haben (z.B. in Offenbach mit einem „Familienpaten“-Projekt).

Es gibt jedoch eine Fülle von Mehrgenerationenprojekten, d.h. Alt-Jung-Projekten und neueren generationenübergreifenden Modellprogrammen, an denen Seniorenbüros beteiligt sind und die erhebliche Rückwirkungen auf Familien haben.

Andererseits haben die traditionellen Einrichtungen für Familien z.B. Kinder- und Familienzentren („KiFaz“-Hamburg), Mütterzentren, Familienbildungsstätten und ähnliche Einrichtungen kaum Engagementfelder für die Großelterngeneration. Ich habe für einen Vortrag auf der Jahresfachtagung der Familienberatung und -bildung entsprechend im Internet recherchiert, aber keine konkreten Hinweise auf eine freiwillige Mitwirkung Älterer bei deren Arbeit gefunden.

Die Wahrnehmung der Älteren hat sich aber geändert. Vor einigen Jahren noch waren sie Adressaten von zu bezahlenden Angeboten der Seniorenbildung, Gesundheit und Seniorengymnastik oder Gegenstand ‚bedrohlicher‘ Familienkonstellationen („Wenn die Großeltern gebrechlich werden“ oder in ein Altenheim sollen). Das hat sich geändert. Einige Dachorganisationen bekunden ihr Interesse an der älteren Generation mit Konzepten und Mehrgenerationen-Familienfotos. Sie scheinen auf der Suche nach einem durch die Großeltern erweiterten Familienbegriff und entsprechenden Kooperationsbündnissen zu sein. Das „Bundesforum Familie“ (www.bundesforum-familie.de) hatte sich dies zum Jahresthema 2006 gemacht. Die Ergebniskonferenz, an der die BaS beteiligt werden sollte, ist leider wegen Mangel an Beteiligung ausgefallen. Das Vorhaben war wohl noch zu früh, zeigt aber das gewachsene familienpolitische Interesse und lässt hoffen, dass neue Kooperationsformen sich entwickeln und wachsen.

In Seniorenbüros gibt es eine Fülle von Alt-Jung-Projekten der Generationensolidarität¹. Es gibt Erzählcafés, an denen sich mehrere Generationen beteiligen, Zeitzeugengruppen, die in schulischen Unterricht eingeladen werden oder eigene Veranstaltungen zu historischen Themen veranstalten. Weiterhin gibt es gemeinsame Veranstaltungen von älteren und jungen Menschen: Computerkurse, Werkstätten, kulturelle Aktivitäten. Die generationenübergreifende Zusammensetzung ergibt sich dabei weitgehend aus den familiären Zusammenhängen der Akteure.

In Seniorenbüros gibt es Angebote zur Kinderbetreuung in Familie (z.B. „Leih-Omis“), Besuchsgruppen z.B. die „NeNas“ (Nette Nachbarn), die alle neu Zugezogenen begrüßen, Hausaufgabenhilfen, Patenschaften für benachteiligte Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche.

Seniorenbüros sind an Modellprogrammen mit Mehrgenerationen-Adressaten und entsprechenden kooperativen Partnerschaften beteiligt:

- EFI, Erfahrungswissen für Initiativen mit der Ausbildung zur *SeniorTrainerin* / zum *SeniorTrainer*: www.seniortrainer.de
- GeMit, Generationenübergreifende Freiwilligendienste als Jung-Alt Tandem: www.ge-mit.de
- Ausbildung zu freiwilligen Pflegebegleitern als aktive Unterstützung von pflegenden Angehörigen: www.pflegebegleiter.de

Das Gemeinsame dieser Modellprogramme ist, dass generationsübergreifende Strukturen des freiwilligen Engagements Älterer vorhanden sind und ausgebaut werden, die durchaus geeignet sind, noch deutlicher als bisher „Familien“ als Adressatinnen und Partnerinnen von Seniorenbüros einzubeziehen.

Anmerkung

1 Solche Alt-Jung-Projekte der Generationensolidarität sind in Veröffentlichungen der BaS nachzulesen, zum Beispiel in:

- Karin Lotz: Alt-jung-Projekte in Seniorenbüros. BaS-Band 2. Stuttgart 1999
- ISIS Frankfurt (Hrsg.): Dialog der Generationen. BaS-Band 9. Stuttgart 2000
- und in der BaS-Broschüre: Seniorenbüros – Impulsgeber für innovative Seniorenarbeit in Kommunen. Bonn 2006.

Diese Veröffentlichungen können über die Geschäftsstelle in Bonn bezogen werden; E-Mail: bas@seniorenbueros.org.

*Christian Wienberg
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)
und Seniorenbüro Hamburg / Treffpunkt Großlohe c/o BaS
Graurheindorfer Straße 79
53111 Bonn*

Tel: 02 28 / 61 40 74, Fax: 02 28 / 61 40 60

E-Mail: bas@seniorenbueros.org; christian.wienberg@seniorenbueros.org

Internet: www.seniorenbueros.org

Wolfgang Thiel

„Familie“ im Handlungsfeld von Selbsthilfe und Selbsthilfekontaktstellen

Zum Feld der Selbsthilfekontaktstellen in Deutschland

Entwicklung, Verbreitung und Trägerschaften von Selbsthilfekontaktstellen

Die ersten Selbsthilfekontaktstellen sind Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden. Der institutionelle Ansatz und das fachliche Konzept von Selbsthilfekontaktstellen sind wesentlich von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V., dem Fachverband der Selbsthilfeunterstützung in Deutschland, entwickelt worden.

Zu Selbsthilfekontaktstellen wurden zwei Modellprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt, das Programm „Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen“ von 1987 - 1991 für die alten Bundesländer und das Programm „Förderung der sozialen Selbsthilfe in den neuen Bundesländern“ von 1992 - 1996. Diese Modellprogramme haben gezeigt, dass es in Orten mit einer Selbsthilfekontaktstelle eine überdurchschnittliche Zunahme und eine größere Stabilität der Arbeit von Selbsthilfegruppen gibt.

Für Selbsthilfekontaktstellen ist die Selbsthilfeunterstützung eine Hauptaufgabe. Selbsthilfeunterstützung wird aber auch in der begrenzten Form einer Nebenaufgabe realisiert, z.B. bei Krankenkassen, Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen, Universitäten oder kommunalen Behörden und Ämtern, wobei die Angebote in andere Arbeitsbereiche integriert sind.

Die NAKOS ermittelte im Jahr 2006 eine Anzahl von 282 Einrichtungen der Selbsthilfeunterstützung in Deutschland (213 Selbsthilfekontaktstellen in Hauptaufgabe, 69 Selbsthilfe-Unterstützungseinrichtungen in Nebenaufgabe). Zudem werden insgesamt 39 Außenstellen unterhalten, so dass es an 321 Orten im gesamten Bundesgebiet ein Selbsthilfe-Unterstützungsangebot gibt.¹ Zur Zusammenarbeit und Interessenvertretung auf

Länderebene bestehen mittlerweile in allen 16 Bundesländern Landesarbeitsgemeinschaften von Selbsthilfekontaktstellen.

Eine NAKOS-Analyse der Trägerschaften von Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen im Jahr 2003 ergab, dass im Trägerspektrum freie Träger mit ca. 60 % am stärksten vertreten sind (kleine örtliche Vereine und Wohlfahrtsverbände jeweils knapp 30 %).²

Personalausstattung, Einzugsgebiete und finanzielle Förderung von Selbsthilfekontaktstellen

Selbsthilfekontaktstellen haben mit durchschnittlich etwas mehr als zwei Personalstellen pro Einrichtung eine eher geringe Personalausstattung, insbesondere wenn man das Aufgabenspektrum, die großen Einzugsgebiete und die Vielzahl der Gruppen betrachtet, für die Unterstützungs- und Beratungsleistungen zur Verfügung gestellt werden.³ Im Schnitt – so die Ergebnisse einer NAKOS-Untersuchung im Jahr 2004 – kommen auf jede Selbsthilfekontaktstellen vor Ort 137 Selbsthilfegruppen.

Charakteristisch für die Finanzierung der Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen ist ein Mix von Fördermitteln unterschiedlicher Finanzgeber (in einem höchst unterschiedlichen Ausmaß als freiwillige Leistung von Bundesländern, Kommunen, Rentenversicherungsträgern, Bundesagentur für Arbeit, Stiftungen und als Pflichtleistung von den gesetzlichen Krankenkassen) sowie der Einsatz von Eigenmitteln der Träger. Aber dennoch: die finanzielle Absicherung ist vielerorts nicht ausreichend und zunehmend gefährdet.

Förderspektrum von Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen in 2004

FINANZ- UND FÖRDERMITTEL ERHIELTEN	% DER SELBSTHILFEKONTAKTSTELLEN
– von den gesetzlichen Krankenkassen	82,4 %
– von den Kommunen	55,6 %
– vom Land	49,8 %
– Eigenmittel	43,3 %
– von Stiftungen / durch Spenden	18,0 %
– von der Bundesagentur für Arbeit	9,2 %
– von Rentenversicherungsträgern	3,8 %
– von anderen	10,0 %
Angaben von 248 Einrichtungen	© NAKOS 2005

Wie arbeiten und was bieten Selbsthilfekontaktstellen?

Selbsthilfekontaktstellen arbeiten niedrigschwellig und netzwerkorientiert. Bereitgestellt werden Informationen, Infrastruktur (Gruppenräume, Arbeitsmittel) und Beratungsangebote. Besondere Zugangsvoraussetzungen für die Nutzer/innen (z.B. Mitgliedschaft) bestehen nicht. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot von Selbsthilfekontaktstellen ist kostenlos; allerdings werden für einzelne Dienstleistungen Nutzungsgebühren erhoben.

Die Leistungen von Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen kommen rund 35.000 örtlichen Selbsthilfegruppen als auch einer immer größeren Zahl von interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugute – denn eine Hauptzielgruppe von Selbsthilfekontaktstellen sind auch Bürger/innen, die noch nicht Teilnehmer/innen bzw. Mitglieder von Selbsthilfegruppen sind, sondern sich über Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe informieren und beraten lassen.

Selbsthilfekontaktstellen stärken die Kooperation und Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen und Professionellen, vermitteln Kontakte und Kooperationspartner und fördern die Vernetzung der Angebote in der Region. Selbsthilfekontaktstellen nehmen eine Wegweiserfunktion im System der gesundheitsbezogenen und sozialen Dienstleistungsangebote wahr und können dadurch zur Verbesserung der professionellen Versorgung und der sozialen Infrastruktur beitragen.

Die Angebote sind themen- und indikationsgruppenübergreifend, d.h. sie sind nicht an einzelnen Selbsthilfethemen ausgerichtet; allerdings ist die Arbeit durchaus von der großen Vielfalt der in Selbsthilfegruppen bearbeiteten Themen geprägt. Das thematische Spektrum reicht von Allergie und Asthma bis Zwillingsselternschaft.

Zu den vor Ort im Einzugsbereich von Selbsthilfekontaktstellen von Selbsthilfegruppen besonders häufig bearbeiteten Themen gehören „Alkoholsucht“, „Pflegerische Angehörige“, „Krebserkrankungen“, „Multiple Sklerose“, „Angststörungen“, „Rheuma“ und „Depressionen“. Besonders hervorzuheben sind hier „Pflegerische Angehörige“; Selbsthilfegruppen mit dieser Profilierung bestehen und arbeiten immerhin bei fast 90 % der Selbsthilfekontaktstellen.

Die häufigsten von Selbsthilfekontaktstellen angegebenen Themen, die von Selbsthilfegruppen / Selbsthilfeorganisationen auf örtlicher / regionaler Ebene bearbeitet werden

Thema Anzahl der Nennungen bearbeitet bei Selbsthilfekontaktstellen in %		
Alkoholsucht	185	96,9 %
Pflegerische Angehörige	161	88,9 %
nicht näher bezeichnete Krebserkrankungen *	149	85,9 %
Multiple Sklerose	145	88,3 %
Angststörungen	144	74,2 %
Rheuma	144	86,5 %
Parkinson-Syndrom	137	84,1 %
Depressionen	136	77,3 %
Apoplexie	132	80,4 %
Osteoporose	126	77,3 %
Diabetes mellitus Typ 2	125	76,1 %
nicht näher bezeichnete psychische Erkrankungen *	121	72,4 %
Stoma	117	69,9 %
Drogenabhängigkeit	115	66,9 %
Fibromyalgiesyndrom	115	70,6 %
Alzheimer-Krankheit	114	69,9 %

* Einzelerkrankungen sind hierbei nicht berücksichtigt.

Datenbasis: Erkenntnisse einer Themenrecherche der NAKOS 2005 zu gemeinschaftlicher Selbsthilfe, zu familienbezogener Selbsthilfe und sorgenden Netzen bei örtlichen Selbsthilfekontaktstellen in Deutschland. Angaben von 163 SHK (= knapp 60 % von 278); die Themen konnten einzeln oder in Kombination mit anderen Themen angegeben werden.

© NAKOS 2006

Darüber hinaus sind die Angebote auch bereichs- und trägerübergreifend, d.h. sie sind nicht an speziellen Organisationen / Organisationsformen oder an institutionellen Zuständigkeiten ausgerichtet.

Selbsthilfekontaktstellen stärken Selbstorganisation und Selbstverantwortung, Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit sowie die gemeinschaftliche Problemlösungsfähigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit und die Interessenvertretung der Selbsthilfegruppen (z.B. im Rahmen der Bürger- und Patientenbeteiligung). Über die Wegweiserrolle im System der gesundheitlichen

und sozialen Versorgung hinaus sind sie Orte der Begegnung und Herausbildung von bürgerschaftlichem Engagement. Sie stellen eine Drehscheibe für die Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen untereinander und mit anderen Organisationen, Verbänden und Einrichtungen auf örtlicher Ebene dar und tragen durch Veranstaltungen und eigene Medien (z.B. Gesamttreffen, Diskussionsforen, Selbsthilfetage, Selbsthilfeverzeichnisse, Selbsthilfezeitung) zu einer größeren Bekanntheit und Akzeptanz in der Öffentlichkeit und Fachwelt und zur Entwicklung eines selbsthilfefreundlichen Klimas im Gemeinwesen bei. In der Öffentlichkeit setzen sie sich für Verbesserungen der Rahmen- und Arbeitsbedingungen von Selbsthilfegruppen ein.

Das Handlungsfeld „Familie“

Das NAKOS-Projekt „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken“

Selbsthilfegruppen haben einen erheblichen Familienbezug. Eine ca. 20 Jahre zurückliegende Einschätzung des Deutschen Jugendinstituts, dass, „wo immer möglich“, „Substitution eher das Ziel von Selbsthilfeansätzen“ sei „als Stützung des Familiensystems“⁴, wird inzwischen längst nicht mehr geteilt.

Selbsthilfegruppen sind Solidargemeinschaften Gleichbetroffener, die neuartige sekundäre Hilfesysteme schaffen, ohne auf familiäre und verwandtschaftliche Beziehungen gegründet zu sein (Wahlverwandtschaft). Sie stellen jedoch keinen Gegensatz zu Familie (Verwandtschaft), also zu den primären Netzen dar, sondern sie wirken familienergänzend und familienentlastend – besonders durch gegenseitige Hilfe im Alltag, Aufhebung von Isolation, Stärkung des (Selbst)Vertrauens und verbesserte Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.

Eine besondere Rolle spielen hierbei alltagsnah entwickelte Beziehungsgeflechte und Unterstützungszusammenhänge, die wir als „Sorgende Netze“ bezeichnen. „Unter sorgenden Netzen verstehen wir alltagsnahe, offene und zugleich verlässliche Beziehungsgeflechte von Menschen, die sich in Bezug auf ein gemeinsames Problem oder Anliegen gegenseitig unterstützen und gemeinsam handeln. Der soziale Zusammenhalt gründet sich nicht bzw. nicht wesentlich auf verwandtschaftlichen, sondern auf selbst

gewählten Beziehungen. Eine Abgrenzung zu örtlichen Selbsthilfegruppen, für die Ähnliches gilt, ist nicht einfach (und auch nicht immer sinnvoll); die Übergänge sind fließend. Besondere Kennzeichen wären aber die stabile Verfügbarkeit des Netzes, die Mitwirkung auch von ‚sympathisierenden‘ Personen, die selbst nicht direkt von dem Problem betroffen sind, aber mitmachen, und dass es sich bei den Beziehungen in einem solchen Netz um reale Lebensbeziehungen handelt.“⁵

Um einen besseren Einblick in die Zusammenhänge von Selbsthilfe und Familie zu gewinnen und um Handlungsimpulse zu geben, führte die NAKOS von 2004-2006 mit Förderung durch das BMFSFJ das Projekt „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken“ durch. Ein zentrales Ziel des Projekts war es, zu einer Intensivierung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfekontaktstellen und der familienbezogenen Selbsthilfe, der Angehörigen-selbsthilfe sowie sorgender Netze beizutragen.

Qualitative und quantitative Dimension des Familienbezugs in der Selbsthilfe

Bereits die Vielzahl von Eltern- und Angehörigengruppen zeigt: Selbsthilfegruppen sind in ihrer Entstehung wie in ihrer Wirkungsweise familienbezogen. Allerdings ist das nicht immer explizit im Namen oder durch die bearbeitete Problemstellung deutlich wie bei Gruppen der Familienselbsthilfe, bei selbstorganisierten Eltern-Kind-Gruppen oder bei Einzelgruppen wie „Selbsthilfegruppen gemeinsame Sorge nach Trennung und Scheidung“. Was für den Selbsthilfebereich sehr bedeutsam ist: Der Familienbezug stellt sich unabhängig vom zu Grunde liegenden Thema dar. Selbsthilfegruppen sind ganzheitlich ausgerichtet, was sie für ihre Belange über die unmittelbar gesundheitliche oder soziale Themenstellungen hinausführt und alle Bereiche umfasst, die durch die gemeinsame Problemstellung berührt werden (Versorgung, Familie, Arbeit, Freizeit, Mobilität, Schule, Ausbildung usw.). Das heißt, dass Gruppen, die bspw. zu Themen aus dem Spektrum „Beziehung, Partnerschaft, Kommunikation“ und „Trauer, Tod, Sterben“ oder aber auch zu „chronischen Erkrankungen und Behinderungen“ arbeiten, vielfältige Familienbezüge haben (können).

Eine Untersuchung der NAKOS im Jahr 2004⁶ zum (expliziten wie impliziten) Familienbezug bundesweiter Selbsthilfeorganisationen und -vereinigungen (N = 360) erbrachte, dass knapp 40 % der in die Untersuchung

einbezogenen Selbsthilfeorganisationen einen solchen Bezug aufweisen. Gut zwei Drittel dieser Organisationen und Vereinigungen mit Familienbezug sind dem Themengebiet „Erkrankung und Behinderung“ zuzuordnen (67,9 %). Das restliche Drittel verteilt sich auf die Sektoren „Psycho-Soziales“ (26,4 %) und „Soziales“ (5,7 %). Darüber hinaus: Auch ein Großteil der Bundesorganisationen und -vereinigungen der Selbsthilfe ohne Familienbezug unterhält in erheblichem Umfang Angebote für Angehörige: 69 % dieser Organisationen tun dies.

Selbsthilfekontaktstellen, Familienorientierung, familienbezogene Kooperationen und Netzwerke

Im Rahmen ihrer Unterstützungsarbeit haben die Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen mit den vielfältigen Familienbezügen der Selbsthilfegruppen vor Ort zu tun. Sie sind offen dafür, bei der Verbesserung von Angeboten für Familien, bei der Erhöhung von Familienkompetenz und der Trägfähigkeit sorgender Netze mitzuwirken. Sie orientieren sich in ihren Angeboten an familiären Bedarfen und Belangen. Dies ist umso mehr der Fall, wenn solche Bedarfe und Belange auch unmittelbar Gegenstand der Gruppen sind (z.B. bei Eltern behinderter Kinder, Alleinerziehenden, pflegenden Angehörigen, sorgenden Eltern nach Trennung und Scheidung). Dabei geht es allerdings immer um eine gelungene Verbindung zwischen ‚reaktiven‘ Arbeitansätzen (wie dies z.B. im Arbeitsfeld der Beratung und Begleitung von Selbsthilfegruppen wesentlich ist) und ‚initiativen‘ Arbeitansätzen (wie dies z.B. im Arbeitsfeld Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit wesentlich ist).⁷ Ebenso halten viele Selbsthilfekontaktstellen auch familienfreundliche Rahmenbedingungen bereit (z.B. bei den Öffnungszeiten). Allerdings sind etliche solcher Rahmenbedingungen (wie z.B. Kinderbetreuung / kindergerechte Aufenthaltsmöglichkeiten wie Spielzimmer u.Ä., offene Begegnungsmöglichkeiten / Treffs, behinderten- und seniorengerechte Zugänge und Arbeitsmittel) in hohem Maße ausstattungs- bzw. ressourcenabhängig und damit nicht immer gegeben. Eine verstärkte Familienorientierung bei Selbsthilfekontaktstellen wirft also auch deutliche Kapazitäts- und Ressourcenprobleme auf; in aller Regel sind sie dafür personell unterausgestattet.

Durch ihre ganzheitliche Ausrichtung sind Selbsthilfegruppen an vielfältigen Kooperationen interessiert und auf diese angewiesen. Selbsthilfekontaktstellen wiederum sind engagierte Netzwerkakteure und stellen eine Brücke dar zwischen dem Selbsthilfebereich, dem institutionellen / professionellen System und anderen Organisationen im Gemeinwesen.

Bei einer Situationsanalyse der NAKOS im Jahr 2004⁸ benannten Selbsthilfegruppen mit Familienbezug eine große Zahl örtlicher Kooperationspartner/innen, von denen sie zudem auch Unterstützung erhalten. Selbsthilfekontaktstellen benannten ebenfalls zahlreiche Kooperationspartner/innen, darunter auch solche mit Familienbezug.

Von Selbsthilfekontaktstellen wurden bspw. genannt:

- kommunale Einrichtungen und Ämter wie Schulamt / Jugendamt; Gesundheitsamt; Amt für Familie und Soziales; Amt für Arbeit (Arbeitsagentur); allgemeiner Sozialdienst
- unterschiedlichste Beratungsstellen (z.B. Frauen; psychische Probleme; Erziehungsberatung; Schwangerenberatung; Familienberatung; Beratung bei Essstörungen; Behindertenberatung)
- Versorgungseinrichtungen wie Kliniken / Universitätskliniken; Krankenhäuser; niedergelassene Psychotherapeuten; Fachdienste im psych. Bereich, Verband Alleinerziehender; Förderverein Hospiz
- örtliche Organisationen wie Wohlfahrtsverbände; Lebenshilfe; Pro Familia, Krankenkassen; Kinderschutzbund; Suchthilfeverbund; Landfrauen
- Servicezentren und Anlaufstellen wie Freiwilligenagentur, Familienzentren, Zentrum für Familie und Alleinerziehende, Kinderschutzzentrum; Servicezentren im Pflegebereich; integrative Kindergärten; Altenbegegnungsstätte
- Organisationen und Einrichtungen mit Bildungsaufgaben wie Familienbildungsstätte; Fachakademie für Erzieher/innen; Volkshochschule (VHS).

Eine der Befragten sagte lapidar: „Wir arbeiten mit fast allen relevanten Einrichtungen vor Ort zusammen.“

Eine wesentliche Handlungsperspektive für Selbsthilfekontaktstellen besteht darin, familienbezogene und engagementfördernde Kooperationen auf- und auszubauen und Kooperationserfahrungen zu kommunizieren (sowohl örtlich als auch überörtlich, z.B. bei den Treffen der Landesarbeitsgemeinschaften). Dazu gehören auch die Einbindung in und die Nutzung von lokalen Netzwerken wie z.B. den Lokalen Bündnissen für Familie. Die genannte Situationsanalyse erbrachte eine hohe Mitwirkungsbereitschaft bei einem Lokalen Bündnis für Familie (sowohl seitens der befragten Selbsthilfekontaktstellen, als auch seitens der befragten Selbsthilfegruppen). Zugangsbarrieren zu diesem Zeitpunkt bestanden im Wesentlichen in mangelnder Transparenz und in unklaren Kontaktmöglichkeiten.

Als Gründe für eine Mitwirkung wurden genannt:

- Kooperationen eingehen, themen- und bereichsübergreifend Netzwerke bilden, Aktivitäten voranbringen
- die Themen und die Ziele, die Sicht, die Bedürfnisse und Interessen der Selbsthilfe
- verbesserter Informationsaustausch, Transparenz
- Rahmenbedingungen verbessern, Familien- und Selbsthilfefreundlichkeit
- Verbesserung von Versorgungsangeboten.

Als Nutzen von einer Mitwirkung wurde genannt:

- partnerschaftlich kooperieren, sich verbünden, gemeinsame Interessen entwickeln, sich entlasten, Infrastrukturen nutzen
- Verbesserung der öffentlichen Resonanz und Sensibilisierung gegenüber den Anliegen der Selbsthilfe und betroffener Familien, Dialoge herstellen
- umfangreiche Informationen sowie Kenntnisse über Hilfe- und Versorgungsangebote erhalten, Wissen erwerben.

Wie gestaltet sich die Mitwirkung von Selbsthilfekontaktstellen bei Lokalen Bündnissen für Familie? Die Web-Site des Service-Büros verzeichnet gegenwärtig 342 Lokale Bündnisse für Familie in Deutschland mit 297 Standorten (Städten / Kreisen) (Stand: 01.11.2006). An 120 dieser 297 Standorte gibt es auch eine örtliche Selbsthilfekontaktstelle / -Unterstützungseinrichtung. Möglichkeiten für eine Mitwirkung sind also gegeben. Wenn auch an einzelnen Standorten Selbsthilfekontaktstellen Initiatoren oder Mit-Initiatoren eines Lokalen Bündnisses gewesen sind, so scheint allerdings ein Durchbruch zur Mitwirkung in der Breite bislang nicht gelungen: 26 Einrichtungen (= 21,7 %) kooperieren mit einem Lokalen Bündnis für Familie, 10 davon (= 8,3%) tun dies intensiv.

Als Hemmnisse für die Mitwirkung von Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfegruppen wären m.E. zu diskutieren und zu überwinden:

- Zugangsbarrieren durch Konstitutionsmerkmale von Lokalen Bündnissen (Chef-Sache, Top-Down-Modelle; Exklusionstendenzen durch lokal bereits länger bestehende familienbezogene Arbeitszusammenhänge, die sich neu zu einem Lokalen Bündnis für Familie formieren)
- die Profilierung der meisten Lokalen Bündnisse auf einen engen thematischen Fokus und begrenzte Aktionsinhalte, überwiegend im Zusammenhang mit „Elternschaft, Kindererziehung / -betreuung, und Berufstätigkeit“

- die Orientierung vieler Lokaler Bündnisse an „Normalfamilien“; „gebrochene“ bzw. „belastete“ Familien (z.B. sozial benachteiligte Familien oder Familien mit kranken oder behinderten Kindern, Eltern / Angehörigen oder solche mit pflegebedürftigen älteren Familienmitgliedern), wie diese für den Selbsthilfe- und den Selbsthilfe-Unterstützungsbereich charakteristisch sind, scheinen weniger berücksichtigt.

Stärkung der Familienorientierung und von Kooperationen für und mit Familien. Fünf Handlungsperspektiven für Selbsthilfekontaktstellen

1. Profilierung inhaltlicher Arbeitsansätze

Eine stärkere Hinwendung zu thematischen Aspekten mit Familien- und Alltagsrelevanz könnte die Chance eröffnen, sich sowohl in der Selbsthilfeszene als auch bei Organisationen / Versorgungseinrichtungen / Institutionen in der Kommune als auch bei anderen engagementfördernden Einrichtungen als wesentlicher und unverzichtbarer (Co-)Akteur zu profilieren. Die themenübergreifenden und themenbündelnden Kompetenzen der Selbsthilfeunterstützung könnten durch einen inhaltlichen Fokus an weit mehr Orten im Gemeinwesen als bisher üblich zum Tragen kommen (z.B. in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Begegnungsstätten, Kliniken, Betrieben usw.).

2. Öffentlichkeitsarbeit: Familienbezug verdeutlichen

Eine Handlungsperspektive für Selbsthilfekontaktstellen könnte darin bestehen, gezielt das Verhältnis „Binnenleben von Selbsthilfegruppen“ und deren „Alltagskontext“ herauszuarbeiten und in der Beratung und Begleitung von Selbsthilfegruppen zu berücksichtigen. Denkbar ist auch die Verdeutlichung und Veranschaulichung der Entlastungs- / Ergänzungsfunktion der Selbsthilfegruppenarbeit. Mit lebensnahen Beispielen könnte dies gut im Rahmen der örtlichen Öffentlichkeitsarbeit geschehen (z.B. in Selbsthilfezeitungen, im Internetauftritt, im Kontakt mit Medien, bei Selbsthilfe-Tagen).

3. Familien- und engagementfördernde Kooperationen entwickeln

Ins Blickfeld von Selbsthilfekontaktstellen rücken alltägliche Hilfenetze und örtliche Kooperationspartner (z.B. Familienbildungsstätten,

Freiwilligenagenturen / -Zentren, Seniorenbüros, Volkshochschulen, Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände usw.), die eine große Rolle bei der Verankerung der sozialen Selbsthilfe wie der Stärkung von Familien im Gemeinwesen spielen können. Eine kooperative Handlungsperspektive könnte darin bestehen, gemeinsame Info- und Ressourcen-Pools zu entwickeln, die z.B. Informationen und Zugänge zu spezifischen Hilfsangeboten enthalten, die z.B. Kontakte vermitteln und Verknüpfungen herstellen (Telefonketten, Fahrgemeinschaften / -diensten, Krankenhaus- / Hausbesuche, Begleitung zu Ämtern, Kinderbetreuung, materielle Hilfen u.v.a.m). Niemand muss alles alleine machen.

4. Familienbezogene Anliegen in der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik bündeln

Selbsthilfekontaktstellen könnten sich stärker bei der Bündelung von Anliegen der familienbezogenen Selbsthilfe profilieren und Gruppen dabei unterstützen, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit und die Kommunalpolitik einzubringen. Denkbar wäre z.B. die Entwicklung von Open Boards, auf denen öffentlich Aktivitäten und Forderungen der Selbsthilfe zusammengefasst und laufend fortgeschrieben werden; dies könnte z.B. auf einer Pin-Wand in der Selbsthilfekontaktstelle, im Rathaus (Warum nicht?), in der örtlichen Selbsthilfezeitung / Presse und / oder im Internet erfolgen. Diese Handlungsperspektive könnte auch gemeinschaftlich mit anderen engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen realisiert werden.

Als sinnvoll könnte sich auch erweisen, zu familienbezogenen Anliegen eine Agenda gemeinsamer Ziele und Vorhaben von, für und mit Selbsthilfegruppen und mit engagierten Freiwilligen und Senioren zu entwickeln, diese zu bündeln und im öffentlichen Dialog zu vermitteln.

5. Gemeinsam Ressourcen gewinnen und miteinander verbinden

Zur Gewinnung und Verbindung von Ressourcen bietet sich eine gemeinschaftliche Handlungsperspektive von Selbsthilfekontaktstellen zusammen mit Selbsthilfegruppen / -organisationen sowie anderen engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen an, ja diese scheint sogar höchst dringlich: Es geht darum, die Vielfalt und die Qualität der Angebote, die wachsende Akzeptanz und Nutzung durch Interessierte, die damit einhergehende hohe Arbeitsbelastung sowie die Ressourcendefizite einer breiteren Öffentlichkeit zu verdeutlichen, um die benötigten Mittel einzuwerben bzw. einzufordern.

Literatur und Anmerkungen

- 1 Vgl. NAKOS (Hrsg.): Lokale Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen – ROTE ADRESSEN 2006/2007. Berlin 2006; Thiel, Wolfgang: 282 Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen. Drei Viertel arbeiten in Hauptaufgabe. NAKOS-Recherche ROTE ADRESSEN 2006/2007. In: NAKOS (Hrsg.): NAKOS INFO 88 (September 2006). Berlin 2006, S. 22-24
- 2 Thiel, Wolfgang: Träger der Selbsthilfeunterstützung in Deutschland 2003. In: NAKOS (Hrsg.): NAKOS INFO 77 (Dezember 2003). Berlin 2003, S. 43-46
- 3 Im Jahr 2004 wurden diese Zusammenhänge letztmals von der NAKOS untersucht. Von damals 278 Einrichtungen hatten sich 248 an der Untersuchung beteiligt. Bei diesen 248 Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen wurden insgesamt 536 Mitarbeiter/innen ermittelt. Das bedeutete im Durchschnitt etwas mehr als zwei Personalstellen pro Einrichtung. Die Unterstützungsleistungen dieser Einrichtungen bezogen sich auf knapp 35.000 örtliche Selbsthilfegruppen; im Durchschnitt bedeutet das 137 Selbsthilfegruppen pro Einrichtung. Gut 10 % der Einrichtungen hatte ein Einzugsgebiet von mehr als 500.000 Einwohnern, fast die Hälfte der Einrichtungen (49 %) hatte ein Einzugsgebiet zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern, ein gutes Viertel (26,8 %) ein Einzugsgebiet zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern (vgl. Hundertmark-Mayser, Jutta: NAKOS-Befragung zur Arbeits- und Fördersituation der örtlichen Selbsthilfe-Unterstützungsstellen. Ungünstige Rahmenbedingungen insbesondere in den neuen Bundesländern. In: NAKOS (Hrsg.): NAKOS INFO 82 (März 2005). Berlin 2005, S. 17-22).
- 4 Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.); Tüllmann, Greta / Sass, Jürgen / Gerzer, Annemarie / Erler, Gisela: Familienselbsthilfe, Partnerschaft und ihre Ressourcen. Konzeptionelle Überlegungen zu einigen kontroversen Aspekten des Modellprojekts „Familien helfen Familien“. München 1987, S. 2
- 5 Thiel, Wolfgang / Möller, Bettina / Krawielitzki, Gabriele: Selbsthilfegruppen und Familienbezug: Zur Stärkung der Familienorientierung auf der lokalen Ebene. Situationsanalyse auf der Basis einer telefonischen Befragung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen. In: DAG SHG (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen 2005, S. 191f
- 6 Möller, Bettina: Der Stellenwert der Familie im Feld der Selbsthilfe – Der Gewinn eines neuen Blicks. Familienbezogene, -entlastende und -ergänzende Bedeutung von Selbsthilfeorganisationen mit und ohne Familienbezug sowie Bedürfnisse und Interessen von Menschen mit seltenen Erkrankungen und Problemen auf der Suche nach Gleichbetroffenen und Selbsthilfegruppen – Ergebnisse einer Datenerhebung der NAKOS. In: DAG SHG e.V. (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen 2005, S. 91-101

- 7 Zu fachlichen und methodischen Fragen der professionellen Selbsthilfeunterstützung siehe: NAKOS (Hrsg.); Bobzien, Monika / Hundertmark-Mayser, Jutta / Thiel, Wolfgang, bearb.: Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und anderen Unterstützungseinrichtungen. Ein Leitfaden. NAKOS Konzepte und Praxis 1. Berlin 2006
- 8 Siehe Fußnote 5.

Wolfgang Thiel
 Nationale Kontakt- und Informationsstelle
 zur Anregung und Unterstützung
 von Selbsthilfegruppen – NAKOS
 Wilmersdorfer Straße 39
 10627 Berlin
 Tel: 030 / 31 01 89 60
 E-Mail: wolfgang.thiel@nakos.de
 Internet: www.nakos.de

KOOPERATIONSPARTNER/INNEN: BEISPIELE UND MÖGLICHKEITEN IN ÖRTLICHEN NETZEN

Heidi Becherer

Vorfahrt für Familien

Das Lokale Bündnis für Familie in Chemnitz. Leitbild und Handlungsfelder

Das Lokale Bündnis für Familie in Chemnitz (Lobü-C) wurde im März 2005 mit sechs Bündnispartner/innen gegründet. Derzeit gehören dem Bündnis 12 aktive Partner/innen an, die mit ihren verschiedenartigen und sich ergänzenden Strukturen und Kompetenzen ein Familien bejahendes und Generationen verbindendes Wirtschafts-, Sozial- und Gemeinwesen in der Region fördern wollen.

Die Kernpartner sind:

- der Deutsche Gewerkschaftsbund, Region Chemnitz
- die Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen
- die Initiative Südwestsachsen e.V.
- Solaris Förderzentrum für Umwelt gGmbH Sachsen
- die Stadtverwaltung Chemnitz
- der Verein zur beruflichen Förderung von Frauen in Sachsen e.V.

Weitere Bündnispartner sind:

- die Wirtschaftsjunioren Chemnitz
- die Wohnungsbaugenossenschaft Chemnitz-West
- die Arbeiterwohlfahrt Chemnitz
- der Demokratische Frauenbund Chemnitz
- die Grundschule „Valentina Tereschkova“
- die Mittelschule „Valentina Tereschkova“.

Das Bündnis ist ein offenes Netzwerk. Mit vielfältigen Projekten und Aktivitäten haben sich die Partner/innen zum Ziel gesetzt:

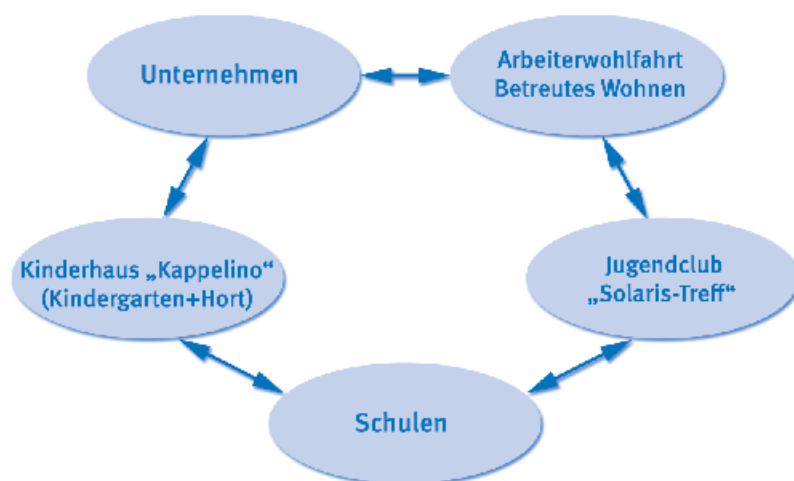
- Familien zu stärken

- Fachkräfte zu sichern
- Kinder und Jugendliche zu fördern und
- Generationen zu verbinden.

Projektziel

Soziales Engagement in der Vernetzung von
Wirtschaft, Bildung, Politik und Öffentlichkeit

Gemeinsames Handeln eröffnet neue Chancen



Leitgedanken des Lokalen Bündnisses für Familie in Chemnitz

Arbeits- und Familienleben sind für die meisten von uns die bestimmenden Lebensbereiche. In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind die Produktivität von Unternehmen und die Lebensqualität der Menschen untrennbar. Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte nimmt ständig zu. Jede wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen ist auf Talente, Wissen, Können und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Gemeinsames Handeln eröffnet neue Chancen. Aus partnerschaftlichem Miteinander entwickeln sich unkonventionelle Ideen. Auf einmal wird machbar, was bisher nicht möglich erschien.

Unter diesem Blickwinkel vermag ein „Lokales Bündnis für Familie“ die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, die Lebensqualität der hier lebenden Familien und damit das Image der Stadt Chemnitz nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Die wichtigsten Handlungsfelder des Lokalen Bündnisses für Familie in Chemnitz

Die wichtigsten Handlungsfelder des Lobü-C sind:

Die Schaffung eines familienfreundlichen Lebensumfeldes

- *Soziales Engagement in der Vernetzung:* Durch gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Bildung, Politik und Öffentlichkeit sollen sich die Lebensbedingungen für Familien vor Ort nachhaltig verbessern.
- *Familienfreundliches Wohnumfeld:* Sanierte, besonders für junge Familien geeignete Wohnungen, nahe Spielplätze, Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Versorgungseinheiten werben für den Zuzug von Familien mit Kindern in das Wohngebiet.
- *Jetzt ist Papa für mich da:* Initiativen für Väter mit ihren Kindern, z.B. Väterfrühstück im Kindergarten. Damit wollen wir die Kompetenzen der Väter bei der Kindererziehung und Familienbildung stärken. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerkes für aktive Väter zur Beratung, Wissensvermittlung und zum Erfahrungsaustausch.

Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements

- *Kümmern in Kappel:* Ein Projekt zur effektiven Vernetzung der lokalen Akteurinnen und Akteure. Besonders geht es um die Entwicklung von Angeboten für die unterschiedlichen Interessierengruppen für eine aktive Freizeitgestaltung im Wohngebiet, wie Vorträge von Ärztinnen / Ärzten, Nordic Walking, Weihnachtsfeier. Dabei sollen ansässige Unternehmen verstärkt in die Gestaltung solcher Initiativen einbezogen werden.

Die Mitwirkung bei der Familien- und Generationenbildung

- *Runter vom Sofa:* Schaffung eines umfangreichen und attraktiven Freizeitangebotes im umgebauten und sanierten Jugendclub sowie Aktivitäten zur außerschulischen Jugendbildung unter Einbeziehung von integrativen und künstlerischen Bildungsangeboten.
- *Jung mit Neuen Medien:* Jugendliche unterstützen ältere Generationen im Umgang mit Computer, Internet und Handy.

- *Horizonte erweitern*: Aufbau von Kooperationen zur Berufsorientierung mit ortsansässigen Unternehmen, damit Jugendliche regionale Berufsfelder kennen lernen.
- *Spielerisch die Zukunft ergreifen*: Eine Kindertagesstätte erhält ein neues Profil: Umwelt – Naturwissenschaft – Technik.
- *Wir für euch*: Kindergartenkinder spielen, singen und basteln für die Seniorinnen und Senioren des „Betreuten Wohnens“.
- *Oma-Opa-Tag*: Kinder gestalten einen Tag im Kindergarten für Oma und Opa.

Die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- *Rundum gut betreut*: Schaffung einer bedarfsgerechten und flexiblen Kinderbetreuung erleichtert berufstätigen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- *Bildung einer Familien bejahenden Unternehmenskultur*:
 - Sensibilisierung von Führungskräften für eine familienverträgliche Personalpolitik
 - Nutzung von Familienkompetenzen im beruflichen Kontext
 - Betriebliche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Die Entwicklung der generationenübergreifenden Zusammenarbeit

- *Generationen-Treff*: In einem Haus mit Kindergarten, Hort, Jugendclub und Begegnungsräumen für alle Generationen fördern generationenübergreifende Angebote, das verständnisvolle Miteinander, den Wissenstransfer und die gegenseitige soziale Verantwortung von Jung und Alt. Hier sollen sich alle Altersgruppen wohl fühlen und miteinander kommunizieren, lernen und spielen.

Dr. Heidi Becherer

DGB – Region Chemnitz und Lokales Bündnis für Familie

Pilotregion Chemnitz

Jägerstraße 5-7

09111 Chemnitz

Tel: 03 71 / 600 011-0

Fax: 03 71 / 600 011-19

E-Mail: heidi.becherer@dgb.de

Internet: www.familie.dgb.de/projekt/buendnisse/beispiele/Chemnitz

Tania-Aletta Schmidt

Mehrgenerationenhäuser, Generationendialog und niedrigschwellige Betreuungsangebote

1. Die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.

Die Landesvereinigung für Gesundheit ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und landesweit tätiger Fachverband für Gesundheitsförderung, -erziehung und Prävention mit rund 70 Mitgliedern aus dem Sozial-, Bildungs-, und Gesundheitsbereich. Ähnliche Einrichtungen bestehen auch in anderen Bundesländern. Grundlage der Arbeit ist der weit gefasste Gesundheitsbegriff der WHO. Demnach wird Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit, sondern als vollständiges körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden verstanden. Wesentlicher Grundsatz der Arbeit ist der Setting-Ansatz. Gesundheitsförderung soll in der Lebenswelt ansetzen, d. h. dort, wo Menschen leben, lernen und arbeiten. Eine weitere Grundlage der Arbeit ist der Multiplikatorenansatz, d. h. es erfolgt eine Zusammenarbeit mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus dem Gesundheits-, Sozial-, Alten-, Jugend-, Bildungs- und Umweltbereich. Dies bietet den Beteiligten umfangreiche Vernetzungsmöglichkeiten (z. B. durch Netzwerke und Arbeitskreise zu bestimmten Themengebieten bzw. projektbezogene und regionale Arbeitskreise).

In der Landesvereinigung gibt es verschiedene Arbeitsschwerpunkte und Projekte, z.B. Gesundheitsförderung in verschiedenen Settings, zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung sowie Querschnittsthemen der Gesundheitsförderung und gesundheitlichen Versorgung.

Zu den Aufgaben gehören die Entwicklung von Konzepten und Modellprojekten sowie den Transfer zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik zu ermöglichen. Dies umfasst die Durchführung von Tagungen und Workshops, die Herausgabe eines vierteljährlich erscheinenden Newsletters zur Gesundheitsförderung, Projektplanung- und beratung, den Aufbau von Netzwerken sowie verschiedene Veröffentlichungen. Das Team der Landesvereinigung ist interdisziplinär besetzt mit Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern aus den Bereichen Pflege-, Gesundheits-, Sozial- und Rechtswissenschaften, Psychologie, Pädagogik, Gerontologie und Verwaltung. Das Thema bürgerschaftliches Engagement findet sich in verschiedenen Arbeitsbereichen wieder, insbesondere im Rahmen der Projekte Niedersächsische Landesagentur Generationendialog und Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote, welche im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Die Niedersächsische Landesagentur Generationendialog

Die Niedersächsische Landesagentur Generationendialog ist eine niedersachsenweite Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Förderung generationenübergreifender Ansätze und wird durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit gefördert. Zu den Zielen gehören die Schaffung von Transparenz über bestehende Angebote und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für generationenübergreifende Angebote. In diesem Zusammenhang spielt das bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Rolle, da eine Vielzahl von Aktivitäten durch bürgerschaftliches Engagement getragen werden und dieses unterstützt werden soll. Im Vordergrund steht dabei vor allem auch die Vernetzung bestehender generationenübergreifender Angebote. Die Aufgaben bestehen in der Beratung und Vernetzung, der Bereitstellung einer landesweiten Plattform, der Entwicklung von Broschüren und Handreichungen sowie der Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Um Transparenz über bestehende Angebote zu schaffen, wurde eine landesweite Projektdatenbank aufgebaut.

Das Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote

Das Projekt Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote wird durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit gefördert. Zu den Zielen gehören die Unterstützung von Einrichtungen beim Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote wie sie im Sinne des § 45 c SGB XI definiert sind, die Schaffung einer flächendeckenden Versorgung und die Herstellung von Transparenz über bestehende Angebote. Die Aufgaben des Informationsbüros umfassen Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, z.B. Organisation von Arbeitskreisen zum Thema, die Entwicklung von Arbeitshilfen und Handreichungen, Beratung von Einrichtungen sowie die Durchführung von Tagungen und Multiplikatorenschulungen.

2. Mehrgenerationenhäuser

Im Folgenden werden die Hintergründe und das Konzept der Mehrgenerationenhäuser vorgestellt.

Hintergrund der Konzeption von Mehrgenerationenhäusern ist die demografische Entwicklung sowie die Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Damit geht die Gefahr mangelnder Begegnungsmöglichkeiten der verschiedenen Generationen einher. Vor diesem Hintergrund sollen neue Strukturen geschaffen werden, um Begegnungen zu fördern und sowohl private als auch freiwillige Initiativen zu unterstützen. Zu den wesentlichen Zielen gehören die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Verknüpfung freiwilliger Initiativen und staatlicher Leistungen sowie die Stärkung der Potentiale der Familie (vgl. BMFSFJ: *Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, 2006*).

Kritisch wird vielfach angemerkt und diskutiert, ob mit diesem Konzept nicht möglicherweise neue Strukturen geschaffen und bereits bestehende und funktionierende Ansätze verdrängt bzw. Doppelstrukturen aufgebaut werden. Dazu ist anzumerken, dass nach dem Konzept bereits bestehende Strukturen eingebunden werden sollen. Bis zum Jahr 2010 soll es in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus geben.

Zu den Zielen gehören folgende Punkte:

- Möglichkeiten schaffen, sich gegenseitig zu unterstützen und voneinander zu lernen
- Unterstützung von Nachbarschaften
- bestehende Strukturen und Angebote einzubinden
- gesellschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen unterstützen und fördern (vgl. BMFSFJ: *Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, 2006*).

Nach dem Konzept der Bundesregierung soll es sich bei einem Mehrgenerationenhaus um ein offenes Angebot handeln, welches die verschiedenen Lebensalter integriert und die Ressourcen der Beteiligten nutzt und stärkt. Dabei handelt es sich um eine Informations- und Dienstleistungsplattform, die bereits bestehende Angebote vernetzt und die lokale Wirtschaft einbindet und die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche unterstützt. Weiterhin soll Kinderbetreuung angeboten werden. Die Mehrgenerationenhäuser können jeweils unterschiedliche Ansätze und Schwerpunkte vertreten, abhängig von der jeweiligen Entwicklung und Trägerschaft. Wesentliche Komponente ist die Steuerung und Evaluation

des Programms auf Bundesebene (vgl. BMFSFJ: Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, 2006).

In Niedersachsen bestehen bereits 30 Mehrgenerationenhäuser mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Ausgangssituationen. So werden bspw. auch niedrigschwellige Betreuungsangebote im Rahmen von Mehrgenerationenhäusern aufgebaut. Als Beispiel ist ein Träger zu nennen, der zunächst Angebote für Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen, u. a. ein niedrigschwelliges Betreuungsangebot, bereitgehalten hat und die Einrichtung im weiteren Verlauf zu einem Mehrgenerationenhaus ausgebaut hat. In einem anderen Beispiel ist der Träger ein Verein für Gesundheits- und Familienbildung, der ein niedrigschwelliges Angebot in das Angebotsspektrum integriert hat.

3. Niedrigschwellige Betreuungsangebote

An dieser Stelle wird auf niedrigschwellige Betreuungsangebote eingegangen, wie in § 45 c SGB XI definiert. Es handelt sich dabei um Angebote für Pflegebedürftige mit Demenz, psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung und einem erhöhten Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung. Die Betreuung und Beaufsichtigung wird im Rahmen niedrigschwelliger Betreuungsangebote von geschulten freiwilligen Helferinnen und Helfern übernommen. Diese Leistungen können nur die nach Landesrecht anerkannten Träger anbieten, wobei die Trägerschaft sehr unterschiedlich sein kann (z. B. Anbindung an Mehrgenerationenhäuser). Die Umsetzung dieses Gesetzes erfolgt durch entsprechende Rechtsverordnungen auf Landesebene, so dass in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Voraussetzungen vorliegen.

Definition:

„Niedrigschwellige Betreuungsangebote sind Betreuungsangebote, in denen Helferinnen und Helfer unter pflegfachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder einzeln übernehmen und die pflegenden Angehörigen entlasten und beratend unterstützen“. (Vgl. § 45 c Abs. 3 SGB XI)

Die Pflege und Betreuung von Menschen mit demenzieller oder psychischer Erkrankung bzw. geistiger Behinderung stellt besondere Anforderungen an die Familie und pflegenden Angehörigen, da sie oft mit physischen und vor allem auch psychischen Belastungen verbunden ist. Vor diesem Hintergrund ist die soziale Unterstützung und die Schaffung von Freiräumen von großer Bedeutung. Durch niedrigschwellige Betreuungsangebote sollen die Angehörigen entlastet werden, um eine Aufrechterhaltung der häuslichen Pflegearrangements zu ermöglichen. An dieser Stelle zeigt sich die Bedeutung des Themas für Familien und die Notwendigkeit einer generationenübergreifenden Perspektive. Aufgrund der bereits angesprochenen veränderten Lebensweise sind Familien teilweise auch gleichzeitig mit besonderen Lebenssituationen, z. B. Pflege der Eltern oder Schwiegereltern und Erziehungsaufgabe der eigenen Kinder sowie Erwerbsarbeit konfrontiert, die es zu vereinbaren gilt. Auch hier können Mehrgenerationenhäuser entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

Eine wesentliche Rolle spielen bei den niedrigschwelligen Betreuungsangeboten die Ehrenamtlichen oder freiwilligen Helferinnen und Helfer, die die Betreuung und Beaufsichtigung unter pflegfachlicher Anleitung übernehmen. Diese müssen angemessen geschult sein und kontinuierlich fortgebildet werden, wobei die Anforderungen an Schulung und Weiterbildung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet sind. Hervorzuheben ist, dass es dabei ausschließlich um Betreuung und Beaufsichtigung geht, nicht aber um pflegerische oder hauswirtschaftliche Leistungen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Abgrenzung zwischen freiwilliger Tätigkeit und professionellen Diensten von Bedeutung, die auch in anderen Kontexten diskutiert wird. Wichtig ist es deutlich zu machen, wo die Grenzen der freiwilligen Tätigkeit in diesem Feld sind und an welcher Stelle professionelle Unterstützung notwendig ist, um sowohl eine Überforderung der Freiwilligen und Überstrapazierung des bürgerschaftlichen Engagements als auch eine Verdrängung hauptberuflicher Tätigkeitsfelder zu vermeiden.

Bei den niedrigschwelligen Betreuungsangeboten handelt es sich um flexible, bedürfnisorientierte, wohnortnahe und relativ günstige Angebote. Durch diese Niedrigschwelligkeit können Zugänge zu den Familien geschaffen werden und Hemmschwellen abgebaut werden. Wesentlich ist hier die Verknüpfung von Laienhilfe, bürgerschaftlichem Engagement, Selbsthilfe und professionellen Diensten.

4. Vernetzung und Kooperation

Die Vernetzung und Kooperation der beteiligten Akteure ist von besonderer Bedeutung.

Gerade offene und niedrigschwellige Angebote sind geeignet, Hemmschwellen abzubauen und so Zugänge zu verschiedenen Hilfsangeboten zu ermöglichen. Dies wird teilweise durch die Vielfalt der Kooperationen und die Vernetzung mit unterschiedlichen Einrichtungen z. B. Beratungsstellen, die auf bestehende Angebote hinweisen können, unterstützt. Durch die Zusammenarbeit bestehender Angebote können die unterschiedlichen Blickwinkel einbezogen werden und Synergieeffekte genutzt werden.

Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser sieht eine Vielzahl unterschiedlicher generationenübergreifender Ansätze vor. Verschiedene Aspekte wie z.B. die Einbindung bestehender Strukturen, die Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen sowie das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und bezahlter Tätigkeit sind jedoch insbesondere in Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit noch kritisch zu diskutieren.

Tania-Aletta Schmidt
Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover
Tel: 05 11 / 350 00 52
Fax: 05 11 / 350 55 95
E-Mail: Tania.Schmidt@gesundheit-nds.de
Internet: www.gesundheit-nds.de

Hannes Lachenmair

Elterninitiativen und Familienselbsthilfe. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE)

Zur Entwicklung der Elterninitiativen und der Familienselbsthilfe

Elterninitiativen gibt es schon seit 1967 – seit den Anfängen der Studentenbewegung. Damit fing alles an. Die Sorge um die Erziehung der Kinder trieb die Eltern um, und die Frage, welche Werte und welches Menschenbild vermitteln wir den Kindern, deren Väter und Mütter während der Jahre 1936 bis 1945 die Werte ihrer Großväter und Großmütter vermittelt bekamen: Gehorsam, Ordnung, Disziplin? Mag sein, dass die Suche nach einer neuen Orientierung, nach eigenen Werten, nach solidarischen und individuellen gesellschaftlichen Konstruktionen etwas heftig ausfielen. Aber sie war notwendig.

Die Geschichte der Kinderläden, die in der Presse und in der öffentlichen Diskussion unter den Begriffen „antiautoritäre Kindererziehung“, „das Kollektiv und das Individuum“, „freie Sexualität“, Furore machte, war in den Jahren 1970 ff. fast schon wieder vorbei. Die ersten Bundesländer verabschiedeten (1972) Kindergartengesetze und machten die selbstorganisierten Kinderläden in machen Gegenden überflüssig – wenn es „nur“ um die Betreuung der Kinder ging.

Die Welle der selbstorganisierten Kinderläden, Elterninitiativen, Eltern-Kind-Gruppen hatte immer noch ihren Stellenwert in der Betreuungslandschaft. Sie wollten die Erziehung ihrer Kinder nicht irgendwelchen Experten mit zweifelhafter Vergangenheit überlassen, trauten nicht den staatlich verordneten Rahmenplänen. Sie experimentierten mit Konzepten, setzten sich mit Psychoanalyse und politischer Pädagogik auseinander, besuchten die Kibbuzim in Israel und die Kinderlabors in der Sowjetunion. Aus diesem Sammelsurium, aus endlosen Diskussionen, Seminaren, Workshops und im Erfahrungsaustausch engagierter Eltern

und Erzieher/innen (Bezugspersonen) entwickelte sich die „Nachfolgegeneration“ der Kinderläden.

1980 erhielt der Bundesverband Neue Erziehung (BNE) von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) im Rahmen einer Kampagne gegen Herz- und Kreislauferkrankungen das Projekt: „Eltern helfen Eltern“. Dabei sollte untersucht werden, wie sich die Entlastung von Eltern durch nachbarschaftliche Beziehungen und selbstorganisierte Angebote auf die Gesundheit der jungen Eltern und auf die Entwicklung der Kinder auswirkt. Der BNE machte damals das einzig Richtige: Er suchte sich aus dem ganzen Bundesgebiet Eltern und Erzieher/innen aus selbstorganisierten Kinderbetreuungsprojekten zusammen und entwickelte mit ihnen gemeinsam ein Konzept für diese Studie. Das waren eigentlich die Anfänge von regionalen und bundesweiten Kooperationen im Bereich der Eltern- und Familienselbsthilfe.

In den Jahren 1984 ff. wurden in der Folge eines Modellversuchs am Deutschen Jugendinstitut (DJI) die Mütterzentren ins Leben gerufen, in den Jahren 1985 ff. untersuchte das „Institut Frau in Gesellschaft“ in Hannover die Auswirkungen von Familien- und Nachbarschaftszentren auf das Gemeinwesen und die Bedeutung hinsichtlich Entlastung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daraus entstanden aktuell 10 Familien- und Nachbarschaftszentren.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V., die sich 1986 nach Abschluss des Projektes „Eltern helfen Eltern“ gegründet hatte, versuchte schon immer Fördermittel vom Bundesfamilienministerium zur bundesweiten Vernetzung zu erhalten, die im Zusammenhang mit dem Projekt „Eltern helfen Eltern“ sehr erfolgreich war. Die Ablehnung unserer Anträge erfolgte ebenso unmittelbar, wie die nächste Antragstellung. Die Begründung war immer die gleiche. Es fehle das Bundesinteresse, weil die Kinderbetreuung eine Aufgabe der Jugendhilfe ist, die in der Zuständigkeit der Länder liegt. Wir konnten nie vermitteln, dass die selbstorganisierte Kinderbetreuung – eine Eigenleistung der Eltern – nicht so ohne weiteres mit den Regelleistungen der Jugendhilfe verglichen werden können. Die Rahmenbedingungen, die Aufgabenstellung (Eltern als Träger), die Verwurzelung im Stadtteil bzw. in der Region, die Elternarbeit und Elternmitarbeit (Eltern als Klientel und als Träger), die Konzept- und Organisationsentwicklung, die Zusammenarbeit von professionellen Erzieher/innen und nicht pädagogisch ausgebildeten Eltern (Zusammenarbeit von Profis und Laien) machen Elterninitiativen nur abstrakt vergleichbar mit traditionellen Einrichtungen.

Im Jahre 1989 trafen wir im Ministerium endlich einen Mann, Dr. Warnfried Dettling, der der Familienselbsthilfe mehr politische Anerkennung zukommen lassen wollte. Dettling schlug nach langen Verhandlungen vor, einen Dachverband der Familienselbsthilfe zu gründen, der sehr viel mehr Aussicht auf Bundesförderung versprach, als allein die Elterninitiativen oder die Mütterzentren. So war es dann auch. Den *Elterninitiativen*, den *Mütterzentren* und den *Familien- und Nachbarschaftszentren* schlossen sich noch die *Bundesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen Stieffamilien* und die *Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen* an. Das waren die 5 Gründungsmitglieder der *BAG Mütter- und Familienselbsthilfe*, die dann auch tatsächlich im Jahre 1991 erstmalig vom Bund gefördert wurde – unter dem Titel „Hilfen für Familien“. Allerdings nicht strukturell (für Personal und Geschäftsführung), sondern immer im Rahmen eines Projektauftrages (später dann als Projektförderung).

Die Vernetzungsarbeit auf Bundesebene ist deshalb bis heute eine rein ehrenamtliche Tätigkeit geblieben. Der Begriff des „Bürgerschaftlichen Engagements“ wurde erst später geprägt, passte inhaltlich ganz gut zu unseren Strukturen, unserem Selbstverständnis und unserer Arbeitsweise. Fördertechnisch wurde er für uns nie relevant, weil wir aus der ministeriellen Schublade „Hilfen für Familien“ bis heute nicht heraus gekommen sind. So sind wir geblieben, was wir immer schon waren: Ein reines Selbsthilfeprojekt in Form eines selbstorganisierten und selbstverwalteten Netzwerkes auf Bundesebene. Wir wurden nie ein Bundesverband im herkömmlichen Sinne – als Dach für selbstorganisierte Projekte.

Das ist mitunter der Grund, warum die BAG Mütter- und Familienselbsthilfe sich nie erweitert hat: weil alle Verbände, die sich auf Bundesebene organisiert haben, mit professionellen Strukturen antraten und uns immer wieder bestätigten, dass sie selbst kein Selbsthilfeprojekt mehr sind, jedoch für und mit Selbsthilfeprojekten arbeiten.

Zur BAG Mütter- und Familienselbsthilfe ist grundsätzlich noch zu sagen: Die Mitgliedsorganisationen der BAG waren immer unabhängig und autonom. Die ehrenamtliche Geschäftsstelle hatte immer nur koordinierende Aufgaben. Das ist insofern wichtig, weil dieses Prinzip abgeleitet ist aus der regionalen Projektarbeit: Jede Gruppe ist nur sich selbst gegenüber verantwortlich, in der Begründung seiner Arbeit und Zielsetzung autonom und unabhängig.

In diesen Zeitraum Ende der 70er bis Mitte der 80er fiel auch der Ausbau des Netzwerkes der kommunalen Selbsthilfekontaktstellen im Gesundheits- und psycho-sozialen Bereich. Wissenschaftlich begleitet und mit unterschiedlich gedehnten Definitionen des Gesundheitsbegriffs wurden

in vielen Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland „Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen“ gegründet. Wie sich in dieser Zeit die Kooperationsbedingungen der Familienselbsthilfe mit den Selbsthilfegruppen und -projekten im Gesundheitsbereich entwickelten – wenn sie überhaupt jemals eine Chance hatten – hing immer sehr stark von den aktuellen Förderbedingungen für Selbsthilfe in der Kommune, im Landkreis ab. Wie sollten Elterninitiativen, die in der Kommune nicht als Selbsthilfegruppen anerkannt waren (weil sie im Bereich der gesetzlich geregelten Jugendhilfe aktiv sind) mit einer „SEKIS“, „KISS“, einem „Selbsthilfezentrum“ etc. zusammenarbeiten, die alle auch nur für ihre Beratung im Gesundheits- und psycho-sozialen Bereich gefördert und finanziert wurden? Im Jahr 2000, als die Selbsthilfeförderung als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen definiert wurde, war die Distanz schon so groß, dass niemand mehr (mit Ausnahmen) daran dachte, den Kindergarten, das Mütterzentrum, die Stillgruppe oder die Selbsthilfegruppe Stieffamilien mit der Förderverpflichtung für die gesetzlichen Krankenkassen in Verbindung zu bringen. Das war bzw. ist ein Problem der Familienselbsthilfe im Kontext der Selbsthilfe.

Eine Ausnahme ist mir bekannt: Das „Selbsthilfezentrum München“ hat in den Jahren 1984 und 1986 in den Verhandlungen mit der Stadt München auf die weitest mögliche Definition des Gesundheitsbegriff entsprechend der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestanden, wodurch alle sozialen Projekte in die Selbsthilfeförderung übernommen wurden: Frauenprojekte, Eltern-Kind-Projekte, Mütterzentren, die gesamte selbstorganisierte Kinderbetreuung, Familienprojekte u.v.m.. Als die Münchner Selbsthilfeförderung noch gut ausgestattet war, ging das auch relativ gut – mit gelegentlichen Auseinandersetzungen zwischen Gesundheit und Sozialem, weil die Einen nicht einsehen wollten / konnten, dass die Anderen so viel Geld aus dem Gesamtopf verbrauchen. Es war auch die Zeit, als Elterninitiativen wie Pilze aus dem Boden schossen. Die Ursache war nicht der vorhandene Fördertopf, sondern die nicht vorhandenen Kinderbetreuungsplätze, die Eltern in mühsamer Arbeit und mit viel Aufwand selbst organisieren und verwalten mussten.

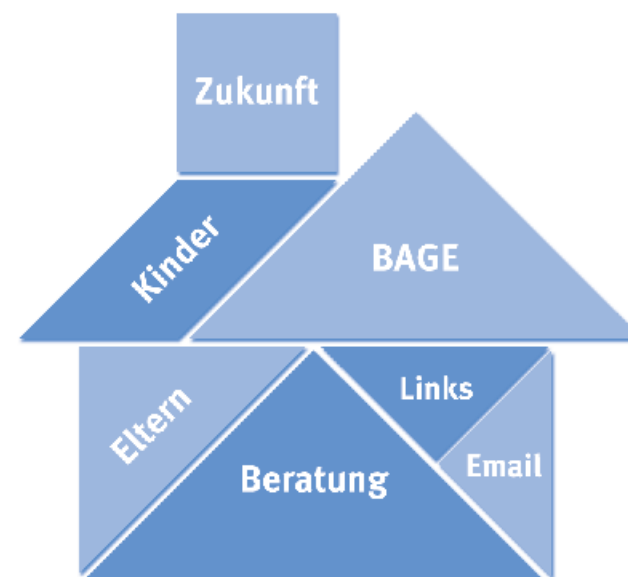
Bis zum Jahr 2000 lebten in München Familienselbsthilfe und Gesundheitsselbsthilfe zum großen Teil aus einem gemeinsamen Fördertopf. Zum großen Teil deshalb, weil die selbstorganisierten Kinderbetreuungsprojekte (Elterninitiativen, Kinderläden, etc.) noch Sondermittel vom Jugendamt erhielten. Ab 2000 wurde die Trennung von Gesundheitsselbsthilfe und Familienselbsthilfe dann haushaltstechnisch endgültig vollzogen.

Es war in erster Linie eine Entscheidung der Verwaltung und der Politik. Die Elterninitiativen wollten es nicht.

Wie das in anderen Städten war oder heute ist, kann ich zu wenig beurteilen. Dass die Förderbedingungen die Netzwerkstrukturen beeinflussen und prägen ist ja nicht neu und hat sich am Beispiel der Stadt München auch bestätigt. Übrigens genauso wie die Vernetzung der Familienselbsthilfe im Jahr 1989 auf Anregung des Bundesfamilienministeriums. Die Tatsache, dass jeder Kindergarten mit jedem Projekt aus dem Bereich der Gesundheitsselbsthilfe konzeptionell zusammenarbeiten kann, ist von dieser Betrachtung unberührt.

Organisation und Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE)

Die Elterninitiativen, die im Projekte des BNE zusammengearbeitet hatten, gründeten 1986 die BAGE. Zur selben Zeit entstanden unabhängig vom BNE und dessen Projekt, besonders in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern Kontaktstellen für Elterninitiativen. In Schleswig-Holstein gibt es die Kontaktstelle schon seit 1972.



Diese Kontaktstellen wurden von Eltern und Erzieher/innen gegründet, die in ihrer Arbeit die Erfahrung machten, dass Eltern bei der Gründung und beim Betrieb einer Elterninitiative dringend auf Unterstützung und Beratung angewiesen sind. Die selbstorganisierten Kinderbetreuungsprojekte sind mit unzähligen Vorschriften und gesetzlichen Bestimmungen konfrontiert, die von einzelnen Eltern oder Erzieher/innen oft nicht in ihrer Gesamtheit gesehen werden. Die Tatsache, dass die Eltern zusammen mit einer Erzieherin / einem Erzieher auch alle Trägeraufgaben (Arbeitgeberfunktion, Projektantragstellung, Verwendungsnachweis, Öffentlichkeitsarbeit, Personalverwaltung, Buchhaltung, Fortbildung etc.) wahrnehmen müssen, hat schon etliche an den Rand der Verzweiflung gebracht. Ob alle Vorschriften sinnvoll sind, sei dahingestellt, aber in den meisten Fällen hängt von der pünktlichen und genauen Einhaltung der Vorschriften auch die Auszahlung der Förderung ab. Wer diskutiert dann schon alleine und konsequent den Sinn von Vorschriften.

Diese Aufgabe, d.h. die Auseinandersetzung über praktikable, zeit- und ressourcensparende Rahmenbedingungen für Elterninitiativen, wurde zu einer der Hauptaufgaben der Kontaktstellen. Die Hannoversche Kontaktstelle „Kila-Ini“ (Kinderladen-Initiative) machte die BAGE ausfindig, und der Zusammenschluss aller bundesdeutschen Kontaktstellen war nur noch die Frage eines Wochenendes – mit sehr langen Gesprächen, Diskussionen und Visionen. Das Netzwerk der BAGE hat sich im Lauf der Jahre bei 24 Kontaktstellen eingependelt, die sich jährlich zweimal treffen, ihre Erfahrungen, Einschätzungen und Entwicklungen austauschen, die bundespolitisch relevanten Fragen besprechen und entsprechende Stellungnahmen, Vorschläge und Strategien diskutieren. Alle zwei Jahre veranstaltet die BAGE eine bundesweite Fachtagung für Eltern, Erzieher/innen und Kinder mit Workshops zu aktuellen Fragen der Konzeption und Selbstorganisation in Elterninitiativen.

Aus heutiger Sicht hat der Zusammenschluss der Familienselbsthilfeprojekte nicht mehr die Bedeutung wie noch vor 15 Jahren. Seit 1996 ist die Förderung der Familienselbsthilfe nicht mehr an die Mitgliedschaft in der BAG gebunden. Die Kontakte wurden spärlicher, die Erfahrungen seltener ausgetauscht, die Gemeinsamkeiten nicht mehr so ausführlich besprochen – vielleicht auch aus Gründen, die, als Konkurrenz empfunden, unmittelbar mit den Projektanträgen zusammenhängen. Gemeinsame Strategien gegenüber dem Ministerium werden nur noch sehr selten entwickelt. Jeder Verband bemüht sich um die Verwirklichung seiner eigenen

Interessen. Diese Entwicklung belegt wieder die Erkenntnis, dass die Förderbedingungen erheblichen Einfluss auf die strukturelle Entwicklung von solchen Projekten haben – mit allen konzeptionellen Konsequenzen.

Kooperationsmöglichkeiten aus der Sicht der einzelnen Elterninitiativen

Jedes Familienselbsthilfeprojekt wird nicht umhin können, auf irgendeine Weise kooperativ zu sein. Wenn wir das am Beispiel einer Elterninitiative näher betrachten, werden die Eltern immer mit ihrer Erzieher/in zusammenarbeiten müssen, mit den Kindern sowieso. Darüber hinausgehende Kooperationen ergeben sich aus der Lage im Stadtteil, in der Region und aus der Gestaltung der Förderbedingungen. An dieser Stelle tritt etwas auf, was Elternselbsthilfegruppen zur Betreuung von Kindern begegnet, womit andere Selbsthilfegruppen vielleicht nicht so heftig konfrontiert sind: Sie bewegen sich in einem Bereich, der für alle Träger der Jugendhilfe bis ins Detail strukturiert und geregelt ist, nämlich durch konzeptionelle Rahmenpläne, Buchungszeiten und geregelte Buchungsverfahren zur Bestimmung der Öffnungszeiten, kommunale Beitragsregelungen, Verordnungen über die Zahl und die Qualifikation des Fachpersonals, die förderungsfähige Größe der Kindergruppe, die Aufnahme in die kommunalen Bedarfspläne, und ich glaube nicht, dass ich alles aufgezählt habe. Welche Stelle im Jugendamt ist zuständig? Wie machen die Eltern der Verwaltung die Bedeutung des Projektes klar, wenn es um die Aufnahme in die Bedarfspläne geht? Wie vertragen sich Richtlinien zur baulichen Gestaltung der Räume mit den konzeptionellen Ansprüchen der Elterninitiative? Vieles scheint in Richtlinien geklärt, manches kann aber noch verhandelt und gemeinsam gestaltet werden.

Es wird immer von der Kompetenz und Kapazität der Eltern und Erzieher/innen abhängen, in welchem Maß kooperiert und in welchem Umfang sich die Projekte den Rahmenbedingungen ergeben. Angesprochen wurde es schon: Die Kooperation im Stadtteil bzw. in der Region. Schon aus Gründen der Werbung und der Belegung der Plätze in einer Elterninitiative wird sich die Initiative bekannt machen müssen und den Kontakt zur Öffentlichkeit halten. Und dann spielt natürlich die politische Einstellung der einzelnen Eltern und Erzieher/innen eine Rolle, wenn sie sich – als Einzelne oder als Gruppe – in die öffentliche Auseinandersetzung über Kindererziehung, Erziehung in gemeinsamer Verantwortung,

Kinderrechte im Stadtteil begeben. Wenn Eltern und Erzieher/innen nur ein bisschen systemisch denken, kommen sie um ein Engagement im Stadtteil nicht herum. Umfang, Vielfalt und Häufigkeit der Kooperationen sind jedoch sehr unterschiedlich und hängen von der Kapazität und den Kompetenzen ab.

Eine generelle Aussage über Kooperationsformen und Möglichkeiten ist nicht möglich. Jede Initiative entscheidet vor dem Hintergrund ihrer Bedingungen, ihrer sozialen Struktur, der Kooperationsfreundlichkeit ihrer Umgebung.

Grob eingeteilt kann man unterscheiden:

- Strukturelle / konzeptionelle Kooperationen
- Situationsorientierte Kooperationen
- „Pflicht“-Kooperationen.

Strukturelle / konzeptionelle Kooperationen

Strukturelle / konzeptionelle Kooperationen sind entweder im Konzept der Initiative verankert, oder haben etwas mit der konzeptionellen Ausrichtung zu tun. Montessori-Kitas, Wald- oder Naturkitas, spielzeugfreie Kitas und vieles mehr. Jede Elterninitiative wird die Strukturen entwickeln, die den Kompetenzen und Erwartungen ihrer Mitgliedern (Eltern und Erzieher/innen) am ehesten gerecht wird, d.h. in diesem Zusammenhang solche, die sie am ehesten mittragen und mitverantworten können. Das gilt auch für die Kooperationen, die sich zwangsläufig aus der konzeptionellen Ausrichtung ergeben. Entsprechende Strukturen werden besprochen und festgelegt und Verantwortlichkeiten an einzelne Eltern bzw. Elternteams übergeben. Jede Initiative trifft dabei die Entscheidung, ob sie sich streng ans Vereinsrecht bzw. ans Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) hält oder die vorhandenen Spielräume kreativ und eigenverantwortlich nutzt.

Wichtig ist immer, dass der Informationsfluss gewährleistet ist, damit alle Eltern und Erzieher/innen wissen, was aktueller Sachstand ist, ob die verteilten Aufgaben die Existenz der Initiative sichern, wo Gefährdungspotenziale (auf Grund individueller beruflicher oder persönlicher Veränderungen einzelner Eltern) bestehen und wo nachgebessert werden sollte.

Situationsorientierte Kooperationen

Neben den strukturellen Kooperationen, die wichtig sind für Eltern und Erzieher/innen und die den Rahmen schaffen für die Arbeit mit den Kindern, sind die situationsorientierten Kooperationen häufig im Alltag von Elterninitiativen. Projektarbeiten, Themenschwerpunkte, Vorbereitung auf Feste, Ausflüge oder die Reaktion auf besondere persönliche Erfahrungen einzelner Kinder (Geburt, Tod) machen unterschiedliche Kooperationen erforderlich. Sie werden in der Regel gemeinsam mit den Kindern entwickelt, mit den Eltern kommuniziert und umgesetzt. Solche Kooperationspartner können sein:

- Waldkindergärten
- Kindertagesstätten mit besonderem Ansatz (oder im Rahmen der Umsetzung der Bildungs- und Erziehungspläne)
- Integrationseinrichtungen
- Kirchen
- Obdachlosenheime
- anderen Kindertagesstätten (Kitas)
- Institutionen (Schule, Turnverein)
- allgemeine kommunale Einrichtungen (Zoo, Philharmoniker, Theater etc.).

Pflichtkooperationen

Nicht selten stellen heute Kommunen / Jugendämter bei der Bewilligung von Mitteln Bedingungen, die in den Förderkriterien geregelt sein können oder aus einem kommunalen Beschluss erwachsen. Gemeinden verpflichten Elterninitiativen zur Zusammenarbeit mit der kommunalen Kindertagesstätte, weil sie nur *einen* gemeinsamen Spielplatz haben, oder auf einen *gemeinsamen* Schulbus angewiesen sind. Oder eine Elterninitiative wird verpflichtet in einem kommunalen Gremium mitzuarbeiten (z.B. Lokale Bündnisse für Familie, Unterausschuss des Sozialausschusses zur Weiterentwicklung der Bildung, Erziehung und Betreuung in Kitas etc.). Eine andere Pflichtkooperation wäre die Zusammenarbeit mit Fortbildungsträgern.

Im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeber sollen die Eltern die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Erzieher/innen regelmäßig fortbilden. Außerdem ist der Kontakt zu einer Akademie oder

Fachhochschule wichtig bei der Suche nach Fachpersonal, Kinderpfleger/innen, Praktikant/innen etc.

Und nicht zuletzt können Elterninitiativen von der Kommune angehalten werden, sich vor Ort zu vernetzen, um Synergieeffekte zu nutzen und Familien- und Kinderpolitik in der Kommune lebendig werden zu lassen (positiv gedacht) – oder um Geld zu sparen (monetaristisch, realistisch gedacht).

Örtliche Netze sind auch Kontaktstellen für Elternselbsthilfe / Elterninitiativen

Zu diesen örtlichen Netzwerken zählen z.B. die Kontaktstellen für Elterninitiativen: der regionale bzw. kommunale Zusammenschluss der Elterninitiativen zur Verbesserung der Initiativenarbeit durch Erfahrungsaustausch, zur Entlastung der einzelnen Elterninitiativen durch Dienstleistungsangebote oder zur Durchsetzung elterninitiativspezifischer Interessen bei Verwaltung und Kommune durch Lobbyarbeit oder Mitarbeit in kommunalen Gremien (z.B. Jugendhilfeausschuss etc.)

Alle uns bekannten Kontaktstellen für Elterninitiativen sind von den Initiativen selbst gegründet worden. Die „Inis“ vor Ort haben sich zusammengeschlossen, ihre Wünsche und Ziele formuliert und Anträge an die Kommunen gestellt. Die meisten Kontaktstellen werden mit kommunalen Mitteln gefördert. Es gibt keine einheitliche bundesweite Definition einer Kontaktstelle für Elterninitiativen. In allen Bundesländern und allen Kommunen werden die Bedingungen separat ausgehandelt und festgelegt. Von freiwilligen Zuschüssen für Sachkosten bis zur guten sächlichen und personellen Ausstattung ist alles drin. Deshalb unterscheiden sich die Angebote von Kontaktstelle zu Kontaktstelle. Und deshalb ist auch die Vernetzung der Kontaktstellen für Elterninitiativen untereinander so wichtig, um strukturelle Defizite ausgleichen zu können und um sich gegenseitig zu unterstützen und zu entlasten.

In einigen Fällen beschwor die Gründung der Kontaktstellen für Elterninitiativen Konflikte mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband herauf. Dieser versteht sich traditionell ganz selbstverständlich als Vertreter der selbstorganisierten Kinderbetreuung und konnte nicht verstehen, dass eine eigene Kontaktstelle für Elterninitiativen außerhalb des Paritätischen

notwendig wäre. Kooperation oder Abgrenzung stand für die Initiativen zur Debatte. Es gibt Bezirks- oder Ortsverbände, die eine hervorragende Unterstützungsarbeit für Elterninitiativen machen, es gibt aber auch welche, die wirklich keine Ahnung haben.

In den neuen Bundesländern gibt es keine Kontaktstellen für Elterninitiativen. Das hängt sehr stark mit der Tradition zusammen, die die neuen Bundesländer im Bereich der Kinderbetreuung hatten. Es gibt zahlreiche Elterninitiativen in den neuen Bundesländern, die völlig eigene und passende Formen der Elternselbsthilfe entwickelt haben. Sie werden auch von den Jugendämtern gefördert. Aber die Beratung, Begleitung und Unterstützung dieser Elterninitiativen haben sich die örtlichen Jugendämter bis heute nicht aus der Hand nehmen lassen. Viele betrachten diese Aufgabe als Teil der öffentlichen Jugendhilfe und machen Gründungsberatung und Gruppenbetreuung von Amts wegen.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass die Aufgaben und Arbeitsweisen von Kontaktstellen für Elterninitiativen sehr unterschiedlich und vielfältig sind. Vieles hängt von der kommunalen Förderung und der sich daraus ergebenden Struktur einer Kontaktstelle ab. In ganz seltenen Fällen beteiligt sich das Land an der Finanzierung einer Kontaktstelle und erwartet dafür eine Beratungs- und Unterstützungsarbeit in der Region. Trotz Vielfalt und Unterschiedlichkeit lassen sich aber die wesentlichsten Aufgaben einer Kontaktstelle beschreiben:

- Gründungsberatung
- Konzept- und Organisationsberatung
- Arbeitsrecht / Tarifrecht / Pflichten der Arbeitgeber / Hygieneverordnung / Medi-Tüv
- Zusammenarbeit von Profis und Laien – Elternkompetenz und Erzieher/innenqualifikation
- Fort- und Weiterbildungen für Erzieher/innen / besondere Merkmale der Arbeit in Elterninitiativen
- Verhandlungen mit der Stadt, dem Landkreis, dem Land wegen der Stellung dieser spezifischen Trägerform – im Unterschied zu den großen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe
- Vernetzung der regionalen Kontaktstellen für Elterninitiativen auf Landesebene
- Vernetzung auf Bundesebene.

Rahmenbedingungen für Kooperationen

Ob und in welchem Umfang einzelne Elterninitiativen oder Kontaktstellen für Elterninitiativen kooperieren, hängt von der Kapazität und den unterschiedlichen Interessen von Eltern und Erzieher/innen ab. Das ist auch eine Frage, inwieweit Eltern in solchen Projekten sich ausschließlich auf ihre individuellen (sozialpädagogischen) Anliegen konzentrieren oder in einem gesellschaftspolitischen Kontext denken. Das Gleiche gilt für die Arbeit in den Kontaktstellen. Die Frage nach dem politischen Bezug wird immer eine wichtige Rolle spielen.

Ein Problem für Elterninitiativen sind oft familienpolitische Landes- bzw. Bundesprojekte und Gremien. Diese sind einerseits interessant und ein Ort, an dem das Verständnis von Elternselbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement vorgestellt und vorgelebt werden könnte. Andererseits sind diese relativ gut strukturierten offiziellen Gremien zeitlich fast immer während der normalen Arbeitszeit terminiert und aktuellen familienpolitischen Schwerpunktsetzungen entsprechend sehr stark an Akteuren aus der Wirtschaft orientiert (z.B. Lokale Bündnisse für Familien). Für viele Eltern, die ihre Elterninitiative ehrenamtlich und unentgeltlich mitorganisieren, ergeben sich daraus recht ungünstige Bedingungen für eine Mitarbeit. Das gilt auch für die Erzieher/innen, die tagsüber für den Kindergruppenalltag zuständig sind. Für die professionellen Kontaktstellen für Elterninitiativen sind Projekte und Gremien ein Betätigungsfeld, wenn die finanzielle und personelle Ausstattung der Kontaktstelle dies zulässt.

Das neue Bundesprojekt der Mehrgenerationenhäuser bietet für Elterninitiativen ein bekanntes Betätigungsfeld. Viele Bausteine die in der Konzeption der Mehrgenerationenhäuser beschrieben sind, sind seit vielen Jahren das tägliche Brot von Elterninitiativen und Kontaktstellen. Elternbildung, Stärkung der Erziehungskompetenz, Beratung von Eltern, Kooperationen und Vernetzung der Generationen waren schon immer wesentliche Schwerpunkte der Elterninitiativarbeit (auch wenn sie nicht mit diesen Begriffen beschrieben waren).

Die Teilnahme am Projekt Mehrgenerationenhäuser scheitert formal an den räumlichen Bedingungen. Wenn sich eine Kommune oder ein freier Träger in Zusammenarbeit mit der Kommune entschließt, an diesem Projekt teilzunehmen, muss die Finanzierung über den jährlichen Zuschuss des Bundes in Höhe von 40.000,- Euro hinaus gesichert sein. Wo nimmt eine

Kommune heute die Mittel für neue Projekte her? Indem sie umschichtet und an (un)geeigneter Stelle einspart! Pflichtleistungen können nur sehr schwer gekürzt und eingespart werden. Im Bereich der Selbsthilfe ist das viel eher möglich, weil im Zusammenhang mit der Bedarfsplanung noch an anderen Stellschrauben gedreht werden kann.

Wir hätten es lieber gesehen, wenn die bestehenden regionalen Kooperationen genutzt würden, um die Zusammenarbeit und das Zusammenleben der Generationen zu fördern und zu unterstützen. In zahllosen Selbsthilfeprojekten finden Kooperationen der Generationen statt. Das neue Modell fordert, dass alle Aktivitäten in einem Haus angeboten werden müssen. Für viele bestehende Projekte mit Kooperationserfahrungen und -potenzial ist das nicht machbar. Wird zukünftig genau an solchen Projekten gespart, um die Mehrgenerationenhäuser finanzieren zu können? Die BAGE als Bundesverband hat dem Ministerium in mehreren Gesprächen angeboten, bei der Begleitung der Konzeption der MGH's mitzuarbeiten. Besonders im Bereich der Zusammenarbeit von Profis und Laien haben wir seit mehr als 30 Jahren Erfahrungen gesammelt, Fortbildungen organisiert und Konzepte entwickelt. Bisher hat das Ministerium auf dieses Kooperationsangebot noch nicht reagiert.

*Hannes Lachenmair
Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. – BAGE
Einsteinstraße 111
81675 München
Tel: 089 / 470 65 03
Fax: 089 / 41 90 28 38
E-Mail: bage.mitarbeit@t-online.de
Internet: www.bage.de*

Ute Wiepel

Was haben Familien mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?

Bericht über einen Kooperationsworkshop des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Unsere Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik und unsere Infrastruktur hinken den Veränderungen der Familie hinterher, weil sie an überholten Familienbildern ausgerichtet sind“, sagte Bundespräsident Horst Köhler am 6. Dezember 2006 bei einem Forum zum demografischen Wandel im Berliner Schloss Bellevue. „Familien aber brauchen zeitgemäße Strukturen, sie brauchen eine Gesellschaft, die ihnen Zeit lässt und Raum gibt.“ Die Bedürfnisse von Familien müssten in fast allen Politikbereichen berücksichtigt werden, betonte Köhler. „Und alle politischen wie gesellschaftlichen Ebenen sind gefordert.“

In der Zeit vom 15. bis 16. November 2006 fand in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin ein Workshop zum Thema „Familien: Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements arbeiten auf örtlicher Ebene zusammen“ statt. Einladender war der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der FES. Der Workshop wurde kooperativ konzipiert und durchgeführt mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG) bzw. ihrer Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) sowie dem Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband.

Moderiert wurde der Workshop von Dr. Ansgar Klein vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer repräsentierten die breite Palette von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland: So nahmen zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freiwilligen-Zentrums aus Mönchengladbach, vom Treffpunkt Hilfsbereitschaft in Berlin, von den Selbsthilfekontaktstellen

in Chemnitz und Bremen oder von den Seniorenbüros aus Jena und Hamburg an der zweitägigen Veranstaltung teil. Darüber hinaus gehörten zu den rund 40 Teilnehmenden weitere Multiplikator/innen der Engagement- und Familienförderung – so zum Beispiel mehrere Mitstreiterinnen des Lokalen Bündnisses für Familie in Strausberg.

Der Workshop hatte sich zum Ziel gesetzt, zwischen Engagement- und Familienförderung Brücken zu schlagen und örtliche Kooperationen zu stärken. Die Referenten im ersten Themenblock „Familie als Adressat/innen und Partner/innen in der Arbeit von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ waren für den Bereich der Freiwilligenagenturen / Freiwilligen-Zentren Tobias Baur von der bagfa, Berlin, und Aloys Bushuven, Mönchengladbach, vom Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband mit Sitz in Freiburg. Das Feld der Seniorenbüros und die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS), Bonn, stellte Christian Wienberg aus Hamburg dar. Wolfgang Thiel von der NAKOS, Berlin, komplettierte die Vorstellung mit einer Charakterisierung des Felds der Selbsthilfekontaktstellen, der Arbeit der NAKOS und der Familienbezüge in der Selbsthilfe.

Im zweiten Themenblock „Kooperationspartner/innen: Beispiele und Möglichkeiten in örtlichen Netzen I + II“ stellte Dr. Heidi Becherer von dem DGB-Region Chemnitz die Arbeit des Lokalen Bündnisses für Familie in der Pilotregion Chemnitz vor. Tania-Aletta Schmidt von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen vermittelte das Konzept der „Mehrgenerationenhäuser“ und ging dabei auch auf die niedersächsischen Projekte „Generationendialog“ und „Niedrigschwellige Betreuungsangebote“ ein. Hannes Lachenmair von der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V., München, gab einen Überblick über die Entwicklung und die Strukturen der Eltern- und Familienselbsthilfe und informierte über die Arbeit des Vereins.

Familie heute... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?

Das Impulsreferat von Gisela Notz

Was meint bürgerschaftliches Engagement und Familie? Ist hier das Engagement für oder von Familien gemeint? Um sich dem Thema anzunähern, begab sich Gisela Notz in ihrem Impulsreferat „Familie heute ... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?“ auf die Spurensuche nach einer Definition des Familienbegriffs. Sie stellte heraus, dass „nach

dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, ‚Familie‘ in der Verknüpfung mit Ehe unter den besondern Schutz des Staates gestellt werde. Die gelebte Realität geht an dem einen gültigen Familienbild schon lange vorbei.“ Gisela Notz merkte an: „Heute wird ‚Familie‘ in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt.“ Nach einer intensiven Diskussion einigten sich die Akteure auf eine weitreichendere Definition: Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Was aber hat Familie nach einer solchen Begriffsdefinition überhaupt mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun? Außerdem stelle sich die Frage, ob bürgerschaftliches Engagement für oder mit der Familie geleistet wird?

Unter dem Stichwort „sorgende Netze“⁴¹ wurde die Definition des Familienbegriffs weiter geöffnet und damit ein Brückenschlag zwischen Engagement- und Familienförderung vorgenommen. Zur Präzisierung auch eines solchen erweiterten Familienbegriffs ging Gisela Notz in ihrem Referat noch einen Schritt weiter: „Man muss schon fragen, wie Familien personell zusammengesetzt sind, wie sie wohnen, welche Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen, wie sie arbeiten und was sie tun, wenn sie keine Erwerbsarbeit haben oder wie sie ihre ‚Freizeit‘ verbringen, und natürlich auch, wie ihre sozialen Netzwerke funktionieren.“

Inwieweit stellt sich die Familienpolitik in Deutschland auf die veränderten Familienrealitäten ein? Wird nicht ein „Rama-Frühstück-Familienbild“ proklamiert? Was verfehlen familienbezogene staatliche Leistungen? Sind öffentlichkeitswirksame Programme zur Förderung von Familien nicht auch Ausdruck von ‚blindem Aktionismus‘ ohne Blick auf gesellschaftliche Realitäten?

Gisela Notz betonte in diesem Zusammenhang, dass bürgerschaftliches Engagement für Familie und die Familienselbsthilfe zuallererst weiblich sind. Darauf, dass „Frauen auch in vielen Selbsthilfegruppen die sozialen und Kümmer-Arbeiten machen (ca. 70 %), wiesen Selbsthelferinnen immer wieder hin. In der Familienselbsthilfe seien es sogar 90 %.“ Dies werde auch durch die Ergebnisse des aktuellen Freiwilligensurveys bestätigt: Männer, die sich bürgerschaftlich engagieren, sind eher in den Bereichen des Sports zu finden, Frauen engagieren sich zu sozialen, bildungs- oder familienspezifischen Themen. Frauen engagieren sich eher im schulischen Bereich bzw. in Bereichen, in denen die Arbeit Kindern zugute kommt. Ein wichtiger Unterschied zwischen engagierten Männern und Frauen bestehe auch darin, dass Männer wesentlich öfter Leitungs- und Vorstandsfunktionen bzw. Wahlämter ausübten. Auch die Hauptverantwortung für die häusliche Kinderbetreuung – so die Ergebnisse des Freiwilligensurveys –

liege noch nahezu ausschließlich in der Hand der Frauen: „Es wird vor allem auf den Zeitmangel der Familienfrauen abgehoben, der ihre Partizipation im öffentlichen Bereich beeinträchtigt. Bei Männern würde selbst eine hohe zeitliche Belastung im Erwerbsleben keine einengende Wirkung auf die Freiwilligenarbeit haben, da es ihnen besser gelänge, sich einen Zeitspielraum außerhalb des familiären Bereiches zu schaffen.“ Gisela Notz zog daraus die Schlussfolgerung, dass „Frauen vor allem eine Entlastung von der privaten Versorgungsarbeit brauchen, um sich mehr und häufiger in bestimmten Bereichen engagieren zu können, ohne ihre Belastbarkeit in Frage zu stellen.“

Bürgerschaftliches Engagement wird unbezahlt geleistet und freiwilliges Engagement findet nach Ergebnissen des Freiwilligensurveys in vielen Bereichen statt, die eng mit der Familie zusammenhängen:

Engagement der Bevölkerung ab 14 Jahren in verschiedenen Bereichen (1999/2004)		
	1999	2004
Sehr große Bereiche:		
Sport	11,0 %	11,0 %
Große Bereiche:		
Schule & Kindergarten	6,0 %	7,0 %
Freizeit	5,5 %	5,5 %
Kirche & Religion	5,5 %	6,0 %
Kultur	5,0 %	5,5 %
Sozialer Bereich	4,0 %	5,5 %
Mittlerer Bereich:		
Feuerwehr & Rettungsdienste	2,5 %	3,0 %
Politik & Interessenvertretung	2,5 %	2,5 %
Berufliche Interessenvertretung	2,5 %	2,5 %
Umwelt & Tierschutz	2,0 %	2,5 %
Jugendarbeit & Bildung	1,5 %	2,5 %
Lokales Bürgerengagement	1,5 %	2,0 %
Kleinerer Bereich:		
Gesundheitsbereich	1,0 %	1,0 %
Justiz & Kriminalitätsprobleme	0,5 %	0,5 %

Quelle: BMFSFJ 2000; 2006: Freiwilligensurvey 1999 & 2004

Darüber hinaus referierte Gisela Notz, dass „sich schon lange die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass das effektivste Bürgerengagement durch die geleistet wird, die sich keine Sorgen um ihre tägliche Existenz zu machen haben.“

Ergänzend hielt die Referentin jedoch fest: „Da für freiwillige Arbeit kein Lohn bezahlt wird, bleiben viele der dort Arbeitenden abhängig von anderen Personen, meist vom (Ehe)Mann oder vom Arbeitslosengeld II, oder sie sind auf eine geringfügige bezahlte Arbeit angewiesen. Mit dem Anstieg der Engagementquote für Erwerbslose (27 % Männer und Frauen) tritt ehrenamtliche Arbeit auch für Männer an die Stelle von bezahlter Arbeit.“

In der abschließenden Diskussion wurde zur Klärung des Begriffes der Selbsthilfe eine Definition formuliert: Bei Selbsthilfe mit und für Familien ging Gisela Notz von der Selbsthilfe aus, die in Gruppen organisiert ist und nach dem Grundsatz verfährt, eigene Probleme mit gemeinsamer Kraft zu bewältigen und zu lösen. Zudem betont Gisela Notz die Bedeutung der Selbsthilfe, da ein großer Teil der Aufgaben, die in Selbsthilfe geleistet wird, auf Grund fehlender finanzieller Ressourcen nicht professionell erbracht werden kann.

Ein Mitglied der Workshoprunde kritisierte die fehlende Sensibilisierung der gängigen Förderpolitik für regionale Unterschiede zwischen Ost und West. So zum Beispiel stellte der Teilnehmer zum Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ der Bundesregierung fest, dass in der Zielsetzung von Mehrgenerationenhäuser zwischen Ost und West unterschieden werden sollte: „In den alten Bundesländern wird das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umgesetzt, und in den neuen Bundesländern sollte es um eine Vereinbarkeit von Hartz IV und Familie gehen.“ Diese Unterscheidung fehle im Programm und blende damit die realen Lebensumstände aus.

Die Frage, worin nach ihrer Meinung der Hauptgrund für die große Konjunktur des Familienthemas läge, beantwortete Gisela Notz mit dem Hinweis auf die demografische Entwicklung und dass der damit verbundene Versorgungsfaktor im Mittelpunkt stünde: „Familien sind nun einmal die günstigsten Versorgungseinrichtungen“, so Gisela Notz.

Familien als Adressat/innen und Partner/innen in der Arbeit von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Der zweite Themenblock des Workshops lautete „Familien als Adressat/innen und Partner/innen in der Arbeit von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements.“ Hier stand die Vorstellung unterschiedlicher Kooperationsebenen von Freiwilligenagenturen / -Zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement für und mit Familien im Fokus. „Familien“ gelten als wesentliche Zielgruppe, Familien und ihre Mitglieder als wesentliche Mitstreiter von engagementfördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen.

In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um Geburtenrückgang, demografischen Wandel und Krise der Familie werden bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe als eine Möglichkeit zur Schaffung neuer Formen „sorgender Netze“ angesehen. Familienergänzende und familienbezogene „neue Netze“ hat auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinen Konzepten zur Familienförderung, z.B. im Rahmen Lokaler Bündnisse für Familie bzw. in Form von Mehrgenerationenhäusern, im Blick.

Das Feld der Freiwilligenagenturen / Freiwilligen-Zentren

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa)

Für das Feld der Freiwilligenagenturen, -börsen, -Zentren stellte zunächst Tobias Baur die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) vor.

Freiwilligenagenturen, -börsen und -Zentren in Deutschland seien ein Schlüssel für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft. Sie stärken und bereichern die Förderung des Bürgerengagements auf kommunaler Ebene. Kurz gesagt: Freiwilligenagenturen, -börsen und -Zentren fördern, vernetzen und bewegen bürgerschaftliches Engagement. Sie erbringen wirksame Leistungen zur Entwicklung des Gemeinwesens.

Die bagfa ist der Zusammenschluss von über 80 lokalen und regionalen Freiwilligenagenturen, -börsen und -Zentren. Die bagfa ist somit Netzwerk und Interessenvereinigung. Die Geschäftsstelle der bagfa in Berlin ist eine bundesweite Anlauf- und Kontaktstelle in allen fachlichen und organisatorischen Fragen des freiwilligen Engagements. Die Aufgaben reichen von der Beratung und Unterstützung von Initiativen bei der Gründung und Weiterentwicklung von Freiwilligeninitiativen und -agenturen, bis zum Austausch und zur Vermittlung fachlicher und organisatorischer Erfahrungen in der Freiwilligenarbeit und der Erarbeitung fachlicher und sozialpolitischer Stellungnahmen zu Fragen des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus zählt die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Freiwilligenarbeit und die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements und die Förderung von wissenschaftlicher Forschung zur breiten Aufgabenpalette der bagfa. Auch die Durchführung von Fachtagungen und Schaffung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Freiwilligenmanagement und die Förderung von regionalen und überregionalen Fachnetzwerken gehören zu den Arbeitsschwerpunkten. Die bagfa ist eigenständig und in parteipolitischer, verbandlicher und religiöser Hinsicht unabhängig.

„Familie“ spiele, so Tobias Baur, in zweifacher Hinsicht für die Arbeit von Freiwilligenagenturen und -Zentren eine Rolle. Zum einen werden Familien als aktive Partnerinnen für lokales Engagement gesehen, gleichzeitig sei „die Familie“ Einsatzfeld und Zielgruppe für Angebote und Leistungen der Freiwilligenagenturen. In den verschiedenen Freiwilligenagenturen und -Zentren werde ein vielfältiges Angebot für die Arbeit mit und für Familien entwickelt. Engagementbeispiele verdeutlichen die breite Palette an Engagement- und Einsatzmöglichkeiten:

So finden interessierte Freiwillige auf der Internetseite der Freiwilligenagentur *MachMit e.V.* aus Mannheim das Angebot eines Leseladens für Mütter und Kinder. Auch die *FreiwilligenBörse* aus Heidelberg unterstützt freiwilliges Engagement mit und für Familien: Die *Elterninitiative Rhein-Neckar e.V.* sucht zum Beispiel interessierte Freiwillige für eine integrative Freizeitgruppe von Jugendlichen mit Behinderungen. Ein anderes Engagementbeispiel ist die Initiative *Tiere helfen Menschen* ebenfalls aus Heidelberg. Hier werden ehrenamtliche Helfer gesucht, die zusammen mit ihren Tieren soziale Einrichtungen (Altenpflegeheime, Kindertagesstätten und psychiatrische Einrichtungen) aufsuchen. In Bremen werden engagierte Bürgerinnen und Bürger für die Frühstücksversorgung für Schüler im sozialen Brennpunkt gesucht.

Tobias Bauer stellte in seinem Beitrag auch die *Familienfeuerwehr* des Freiwilligen-Zentrums Aachen vor, die als Musterbeispiel einer kurzfristigen familiennahen Unterstützung durch einen ehrenamtlichen Freiwilligendienst gilt. Auf diese „Familienfeuerwehr“ ging Aloys Bushuven vom Verbund der Freiwilligen-Zentren des Deutschen Caritasverbandes noch einmal ausführlicher ein.

Der Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband

Das zweite Referat zum Feld der Freiwilligenagenturen / -Zentren hielt Aloys Bushuven vom Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband. Dieser Verbund ist aus einem Modellverbund Freiwilligen-Zentren des Deutschen Caritasverbandes aus dem Jahr 1996 hervorgegangen. Damals wurde mit 16 Zentren gestartet; heute sind über 43 Zentren Mitglied im Verbund.

Zu den Handlungsfeldern zählen vier Bereiche:

1. Information und Beratung Ehrenamtlicher
2. Beratung von Organisationen, die ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement fördern und umsetzen wollen
3. Lobbyarbeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit
4. Werkstattbereich, in dem Menschen unterstützt werden, die ihrerseits ehrenamtlich Ideen umsetzen möchten.

Auch im Verbund der Freiwilligen-Zentren der Caritas habe in den letzten Jahren der Bereich der Familien zugenommen. In einigen Zentren wurden Angebote zur Entlastung von Familien mit Kindern oder an Demenz erkrankten Personen entwickelt. So entstanden in Aachen das Projekt „Familienfeuerwehr“, in Mönchengladbach Projekte zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen und ein Projekt zur Unterstützung psychisch kranker Menschen. Über diese Projekte leisten die Freiwilligen-Zentren eine direkte Hilfe für Familien. Ein traditioneller Aufgabenschwerpunkt ist die Vermittlung an Einrichtungen, deren Angebot auf Unterstützung von Familien zielt.

Beispiel: Familienfeuerwehr

Das betreuende Familienmitglied ist erkrankt oder muss dringend einen Termin wahrnehmen. Im direkten Umfeld der Familie ist niemand zu erreichen, um die Kinder zu beaufsichtigen und zu versorgen.

Bei der Betreuung älterer Menschen werden immer wieder regelmäßige Besuchsdienste, Hilfe beim Essen, kleinere Handreichungen oder Kurzzeit-Betreuungen bei dringenden Terminen angefragt.

Mit einer „Familienfeuerwehr“ könnten die kurzfristigen Engpässe überbrückt werden. Bei Bedarf kann auch in einen weiterführenden, dauerhaften sozialen Dienst vermittelt werden (Familienpflege, Mobiler Sozialer Dienst, ambulanter Pflegedienst). Die „Familienfeuerwehr“ soll sich aus einem Kreis von Ehrenamtlichen zusammensetzen, die in und für Notfallsituationen bereitstehen.

Aloys Bushuven, machte deutlich, dass die Freiwilligen-Zentren direkt oder indirekt zur Unterstützung von Familien beitragen. Im lokalen Feld sind die Freiwilligen-Zentren ein wichtiger Kooperationspartner, der aufgrund der vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse über die sozialen Hintergründe, Kontakte und Hilfen herstellen könnte. Freiwilligen-Zentren arbeiten als Engagement-, Beratungs- und Vermittlungsstellen – wie die Freiwilligenagenturen – in zweifacher Hinsicht für und mit Familien: Auch hier sind Familien aktive Partnerinnen für lokales Engagement und gleichzeitig Einsatzfeld und Zielgruppe für Angebote und Leistungen der Zentren.

Das Feld der Seniorenbüros

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)

Das dritte Referat über die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS) bzw. zum Feld der Seniorenbüros wurde von Christian Wienberg, Hamburg, gehalten.

Die BaS mit Sitz in Bonn, ist ein Zusammenschluss von Seniorenbüros, die bundesweit in mehr als 170 Städten zu finden sind. Seniorenbüros sind Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstellen für ältere Menschen, die nach der Familien- oder Berufsphase nach sinnvollen, ehrenamtlichen Aufgaben in der Gesellschaft suchen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. versteht sich als Lobby und Netzwerk der Seniorenbüros. Im Gegensatz zu Freiwilligenagenturen bzw. Freiwilligen-Zentren sind Seniorenbüros spezialisiert auf Bedürfnisse und Erwartungen, Aktivitäten und Initiativen von Menschen der älteren Generation. Seniorenbüros haben sich aufgrund ihrer mehr als zehnjährigen Erfahrungen als wichtige Zentren der Initiierung und Förderung des freiwilligen Engagements Älterer auf kommunaler und regionaler Ebene etabliert.

Charakteristika von Seniorenbüros:

1. Seniorenbüros sind Einrichtungen der Beratung und Vermittlung älterer Menschen in der nachberuflichen Lebensphase, die sich in den Bereichen der Kultur, des Sozialen, der Freizeit und vielen weiteren Feldern des Gemeinwesens ehrenamtlich engagieren wollen.
2. Mit Hilfe und Unterstützung der Seniorenbüros können ältere Menschen ihr Erfahrungswissen weitergeben und eine neue Verantwortungsrolle entwickeln.
3. Seniorenbüros sind Orte gemeinsamer Beratung und Entwicklung von Aktionen und Projekten.
4. Seniorenbüros sind Orte der Fortbildung und Vorbereitung für die gewählten Engagements.
5. Seniorenbüros sind Orte der Selbsthilfe.
6. Seniorenbüros sind Orte der nationalen und internationalen Begegnung freiwillig engagierter Menschen.

Wo wird der Familienbezug von Seniorenbüros deutlich? Auch wenn „Familie“ bisher nur in geringerem Maß *direkt* Engagement- oder Kooperationsfeld in Seniorenbüros sei, berichtete Christian Wienberg davon, dass „Familie“ in den Seniorenbüros ein konstantes Lebens- und Alltagsthema in den Beratungen und Begegnungen darstelle: „Wir Älteren gestalten unsere Tätigkeiten im Spannungsfeld zwischen Unternehmungslust und Familienbeziehungen, die sich mit der Pensionierung wesentlich verändern.“ Der Familienbezug von Seniorenbüros werde bei den vielen Projekten und Aktionen deutlich, bei denen Seniorinnen und Senioren ihr Erfahrungswissen an die nächste Generation weitergeben und für und mit Familien einsetzen.

So zum Beispiel wendet sich *Ceno & Die Paten e.V.* aus Köln an Menschen über 50, die ihre Zeit nach Beruf und / oder Familie sinnvoll planen und gestalten wollen. In diesem Patenprojekt übernehmen ältere Menschen Patenschaften für jugendliche Haupt- und Förderschüler im Übergang von der Schule zum Beruf. Sie entwickeln gemeinsam mit den jungen Menschen eine Zukunftsperspektive und übernehmen eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Bei *Zwei Generationen – ein Team* engagieren sich Menschen unterschiedlichen Alters als Partner gemeinsam für gesellschaftliche Aufgaben. In generationsübergreifenden Teams arbeiten jüngere und ältere Freiwillige

gemeinsam in sozialen Einrichtungen, zum Beispiel in Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen.

In einem Projekt des Seniorenbüros Offenburg kümmern sich Seniorinnen und Senioren um ausländische Studenten. Sie leisten Hilfestellung bei alltäglichen Dingen, machen die Studenten mit ihrer neuen Umgebung vertraut und stehen den Studenten als Konversationstrainer zum Deutschlernen zur Verfügung etc. Darüber hinaus werden gemeinsame Ausflüge unternommen, Feiern (Weihnachtsfeiern, Sommerfeste) und Ausflüge organisiert. Die Gaststudenten werden quasi in die Familien der Betreuer/innen aufgenommen.

Das Feld der Selbsthilfekontaktstellen und die Familienbezüge der Selbsthilfe

Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS)

Das nächste Referat wurde von Wolfgang Thiel von der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) gehalten. Die NAKOS ist die bundesweite Aufklärungs-, Service- und Netzwerkeinrichtung im Feld der Selbsthilfe in Deutschland. Träger ist die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG), der Fachverband für Selbsthilfeunterstützung in Deutschland.

Zentrale Aufgabe der NAKOS auf Bundesebene und der Selbsthilfekontaktstellen auf örtlicher Ebene ist es, Selbsthilfegruppen und an Selbsthilfe interessierte Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, zu informieren und Kontakte zu vermitteln. Die Angebote sind kostenlos und stehen allen Interessierten offen. Wesentliches Anliegen der NAKOS ist es, durch überregionale Vernetzung Akteure der Selbsthilfe aus verschiedenen gesundheits- und sozialpolitischen Bereichen zueinander zu führen. Dabei kooperiert die NAKOS mit einer Vielzahl von Organisationen, denen die Unterstützung und die Förderung von Selbsthilfegruppen ein Anliegen ist.

Selbsthilfekontaktstellen auf örtlicher Ebene wiederum arbeiten niedrigschwellig und netzwerkorientiert. Zu den Kernaufgaben von Selbsthilfekontaktstellen gehört es, Menschen, die von einem sozialen, psychischen oder gesundheitlichen Problem betroffen sind, miteinander in Kontakt zu

bringen und bei der selbstorganisierten Gruppenarbeit zu unterstützen und zu fördern. Selbsthilfekontaktstellen bieten infrastrukturelle Hilfen und organisatorische Unterstützung. Im Jahr 2006 bestehen in Deutschland 282 Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen. Selbsthilfegruppen haben einen erheblichen Familienbezug, so Wolfgang Thiel. Bereits die Vielzahl von Eltern- und Angehörigengruppen zeige: „Selbsthilfegruppen sind in ihrer Entstehung wie in ihrer Wirkungsweise familienbezogen“. Sie stellten keinen Gegensatz zu Familie (Verwandtschaft) dar, sondern wirkten „familienergänzend und familienentlastend – besonders durch gegenseitige Hilfe im Alltag, Aufhebung von Isolation, Stärkung des (Selbst)Vertrauens und verbesserte Kommunikations- und Konfliktfähigkeit“.

Die Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen hätten immer wieder mit den vielfältigen Familienbezügen der Selbsthilfegruppen vor Ort zu tun. Familiäre Belange spielten vor allem dann eine Rolle, wenn diese auch unmittelbar Gegenstand der Gruppenarbeit sind (z.B. bei Eltern behinderter Kinder, Alleinerziehenden, pflegenden Angehörigen, Eltern nach Trennung und Scheidung).

Diskussionsrunde: Chancen der Selbsthilfebewegung und des bürgerschaftlichen Engagements für und mit Familien

Nach der Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte von Selbsthilfekontaktstellen, stand die Frage nach den Chancen für die Selbsthilfebewegung und des bürgerschaftlichen Engagements für und mit Familien im Mittelpunkt der Diskussion der Workshop-Runde. Wolfgang Thiel von der NAKOS berichtete von einer Erhebung der NAKOS bei Selbsthilfekontaktstellen, die ergeben habe, dass bei den auf örtlicher Ebene von Selbsthilfegruppen bearbeiteten Themen das Thema „Pflegende Angehörige“ nach „Alkoholsucht“ am weitesten verbreitet sei. Er berichtete auch von dem Ergebnis einer NAKOS-Untersuchung, wonach rund 40 % der Selbsthilfeorganisationen und -vereinigungen auf Bundesebene einen Familienbezug aufwiesen. Solche Bezüge seien nicht immer sofort durch das bearbeitete Thema ersichtlich. Als Beispiel für einen verdeckten Familienbezug in der Selbsthilfe stellte er die Bezüge einer Schlaganfall-Selbsthilfegruppe vor: Ausgehend von dem ganzheitlichen Ansatz der Selbsthilfe würden hier

sowohl Fragen von Gesundheit und Pflege als auch Probleme von Angehörigen und des Familienlebens insgesamt berührt.

Unter den Stichwort „sorgende Netze“ stellt Wolfgang Thiel heraus, dass sich Selbsthilfegruppen als Solidargemeinschaften Gleichgesinnter verstehen, die zur Bearbeitung ihrer Themen, neue Hilfesysteme entwickeln, die nicht auf familiären und verwandtschaftlichen, sondern auf „wahlverwandtschaftlichen“ Beziehungen basieren. Mit dem Ansatz der „sorgenden Netze“ und der „wahlverwandtschaftlichen Beziehungen“ wurde der Familienbegriff weiter geöffnet und damit ein Brückenschlag zwischen Engagement- und Familienförderung vorgenommen. Auf der Basis dieses Ansatzes wurden im weiteren Verlauf der Diskussion Hemmnisse und Chancen der Familien-, der Selbsthilfe- und der Engagementförderung erörtert.

Kooperationspartner/innen: Beispiele und Möglichkeiten in örtlichen Netzen

Lokale Bündnisse für Familie – Das Beispiel Chemnitz

Eröffnet wurde der zweite Tag mit dem Referat von Dr. Heidi Becherer, Vorsitzende der DGB-Region Chemnitz. Sie stellte die Arbeit und Ziele des Lokalen Bündnisses für Familie in Chemnitz vor.

Mit der Bundesinitiative *Lokale Bündnisse für Familie* sollen Akteure in den Kommunen angeregt werden, sich Partner aus Politik und Verwaltung, Vereinen, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, Vereinen, Einrichtungen und Initiativen zu suchen, um gemeinsam vor Ort die Bedingungen für Familie zu verbessern. Das Bundesfamilienministerium finanziert gemeinsam mit dem Europäischen Sozialfonds ESF ein Servicebüro, das kostenlos Beratung und Unterstützung bei Gründung, Themenfindung, Arbeitsorganisation, Weiterentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit anbietet. Derzeit ist das Servicebüro in 629 Kommunen aktiv; in 352 Kommunen haben sich bereits lokale Bündnisse gegründet.

Heidi Becherer betonte, dass „in der Vernetzung und im partnerschaftlichen Wirken von Wirtschaft, Bildung, Politik, Kultur und Öffentlichkeit sich die Lebensbedingungen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und insbesondere für die Familien verbessern (sollen).“

Alltag in ostdeutschen Kommunen: Wirtschaftsunternehmen wandern ab, Arbeitsplätze gehen verloren, Menschen ziehen weg, die Bevölkerung überaltert. Angesichts dieser Entwicklungen und den daraus resultierenden Problemen sind die kommunalen Vertretungen oft hilflos. Um die Probleme zu lösen, müssten die öffentliche Hand in Kommunen, Wirtschaft und Bürger und Bürgerinnen enger zusammenarbeiten. Familienfreundlichkeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind angesichts dieser Entwicklung und des demografischen Wandels für Kommunen wie für Unternehmen bedeutsame Standortfaktoren, die über Fragen der Zukunftsfähigkeit mit entscheiden. „Wie aber die praktische Umsetzung in den Städten, Gemeinden, Betrieben und Unternehmen gelingen kann, bleibt eine stetige Herausforderung“, betonte Heidi Becherer.

Um auf lokaler Ebene konkrete Verbesserungen für Familie anzustoßen, habe das Bundesfamilienministerium Anfang 2004 die Initiative Lokale Bündnisse für Familie gestartet. Mit ihrem neuartigen Ansatz, sich vor Ort durch gemeinsame Projekte für die Belange von Familien einzusetzen, in Partnerstrukturen aus Landes- und Kommunalpolitik, Unternehmen, Verbänden, Kirchen, freien Wohlfahrtsträgern und Elterninitiativen, treffen die Lokalen Bündnisse für Familie den Nerv der Zeit.

Lokale Bündnisse seien nah am örtlichen Bedarf: In der Stadt, im Stadtviertel, in der Gemeinde, in der Region kenne man die Situation der Familien am besten. Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte nehme ständig zu. Jede wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen sei auf Talente, Wissen, Können und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Unter diesem Blickwinkel vermöge ein Lokales Bündnis für Familie, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, die Lebensqualität der Familien und damit das Image einer Kommune, wie z.B. der Stadt Chemnitz, nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Die Pilotregion Chemnitz habe sich zum Ziel gesetzt, der Überalterung der Bevölkerung (Durchschnitt 45,8 Jahre) entgegen zu wirken. Der drohende Fachkräftemangel durch Abwanderung solle verhindert werden. Im Rahmen des Bündnisses für Familie initiierte das DGB Bündnisse aus klein- und mittelständischen Unternehmen, Kita, Hort, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen und weihte knapp ein halbes Jahr nach der Gründung die sanierten und neu gestalteten Räume des Jugendklubs *Treff im Stadtteil Kappeln* ein. Der Ausbau generationsübergreifender Lebenskulturen im Stadtteil ist ein Schwerpunkt des Bündnisses. Das Lokale

Bündnis für Familie Chemnitz (Lobü-C) wurde im März 2005 gegründet und hat inzwischen zwölf Partner gefunden, die konkrete Projekte initiieren und umsetzen, zum Beispiel

1. für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2. für ein familienfreundliches Wohnumfeld
3. für eine aktive Freizeitgestaltung
4. für maßgeschneiderte Dienstleistungen für Senioren und Seniorinnen.

Das Herzstück des Lobü-C ist der Generationen-Treff. Es ist ein Haus mit Kindergarten, Hort, Jugendclub und Begegnungsräumen für die ältere Generation.

Die Kernpunkte der Arbeit des Bündnisses in Chemnitz zur Förderung des sozialen Engagements in der Vernetzung von Wirtschaft, Bildung, Politik und Öffentlichkeit sind:

1. Kontaktieren und Sensibilisieren von Geschäftsführungen / Personalleitungen sowie Betriebs- und Personalräten
2. Ermittlung des Betreuungsbedarfs und Anpassung der Kinderbetreuungszeiten
3. Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Familien
4. Förderung der Berufsorientierung durch Kooperationen mit regionalen Betrieben
5. Unterstützung einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Unternehmen
6. Öffentliche Fachforen zum Thema „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ und „Generationen im Miteinander“
7. Verknüpfung mit regionalen und themenangrenzenden Projekten.

Mehrgenerationenhäuser, Generationendialog, niedrigschwellige Betreuungsangebote

Tania-Aletta Schmidt von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen informierte über Konzept und Ziele des Aktionsprogramms *Mehrgenerationenhäuser* der Bundesregierung sowie über die *Niedersächsische Landesagentur Generationendialog* und das *Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote in Niedersachsen*.

Die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und landesweit tätiger Fachverband für Gesund-

heitsförderung, -erziehung und Prävention mit rund 70 Mitgliedern aus dem Sozial-, Bildungs-, und Gesundheitsbereich.

Zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser:

Um das Mit- und Füreinander der Generationen in Deutschland zu stärken, hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ ins Leben gerufen. Das Aktionsprogramm des Familienministeriums sieht vor, bis zum Jahr 2010 in allen Städten und Landkreisen Deutschlands ein Mehrgenerationenhaus als Forum für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung zu schaffen. Das Programm war im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD verankert worden. Insgesamt sollen 439 Häuser entstehen, die jeweils mit rund 40.000 Euro im Jahr gefördert werden.

Tania-Aletta Schmidt hob hervor, dass Mehrgenerationenhäuser im Alltag entlasten sollen und Familien hier auf das Wissen und die Erfahrungen der älteren Generation zurückgreifen können. Diese offenen Tagestreffs für jüngere und ältere Menschen sollen die Infrastruktur stärken, die Zusammenarbeit der verschiedenen Generationen fördern und bürgerschaftliches Engagement erschließen. „Jede und jeder ist hier willkommen und aufgefordert, sich bei den täglichen Aufgaben im Mehrgenerationenhaus einzubringen. Familien müssten in unserer schnellen, globalisierten Zeit immer mehr alleine stemmen. Das Resultat sei, dass Väter und Mütter oft auf wertvolles Miteinander verzichten müssen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu managen. Mehrgenerationenhäuser wollen da Abhilfe schaffen“, heißt es in einer Veröffentlichung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie).

Die Merkmale der Mehrgenerationenhäuser sind:

1. Integration der verschiedenen Lebensalter
2. Offenes Angebot
3. Informations- und Dienstleistungsplattform
4. Vernetzung bestehender Angebote
5. Einbindung der lokalen Wirtschaft
6. Kinderbetreuung
7. Zusammenarbeit
8. unterschiedliche Schwerpunkte und Ansätze.

Im Weiteren stellte Tania-Aletta Schmidt die Arbeitsschwerpunkte der *Niedersächsischen Landesagentur Generationendialog* und das *Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote in Niedersachsen* vor.

Die *Niedersächsische Landesagentur Generationendialog* ist eine niedersachsenweite Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Förderung generationsübergreifender Ansätze. Ihre Ziele sind

1. Transparenz über bestehende Angebote schaffen und Rahmenbedingungen für generationsübergreifende Angebote verbessern
2. die Entwicklung von Konzepten und Modellprojekten und Förderung des Transfers zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik.

Das *Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote in Niedersachsen* wird durch das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit gefördert. Zu den Kernaufgaben zählen die Unterstützung von Einrichtungen beim Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Beratung von Einrichtungen und die Schaffung einer flächendeckenden Versorgung.

„Niedrigschwellige Betreuungsangebote sind Angebote, in denen Helferinnen und Helfer unter pflegefachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder einzeln übernehmen und die pflegenden Angehörigen entlasten und beratend unterstützen“ (Zur gesetzlichen Grundlage vgl. § 45 c Abs. 3 SGB XI.).

Tania-Aletta Schmidt wies in ihren Ausführungen darauf hin, dass es einer der Arbeitsschwerpunkte der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. ist, die verschiedenen Handlungsstrukturen vor Ort zusammenzuführen, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern habe zum einen die Förderung von sozialen Kontakten zum Ziel. Zum anderen sollen wirtschaftliche Kompetenzen in Form der Vermittlung von Angeboten professioneller Dienstleister über diese Plattform gefördert werden. Konkret sind hier haushaltsnahe Leistungen, Kinderbetreuung oder hauswirtschaftliche Dienste gemeint. Die Referentin wies in diesem Zusammenhang auf die Frage der Verknüpfung von bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen hin: „Wie kann man das geforderte freiwillige Engagement und Professionalität sinnvoll zusammenbringen, ohne Konkurrenzen zu schaffen?“

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem dieser Frage nach einer effektiven Verbindung zwischen professioneller Dienstleistung und bürgerschaftlichem Engagement nachgegangen. Auch wurde das Konzept der Mehrgenerationenhäuser unter den Aspekten „Familienbild“ und „Nachhaltigkeit“ kritisch beleuchtet.

Familienbild: Handelt es sich bei dem Konzept der Mehrgenerationenhäuser um ein realitätsgerechtes und entwicklungsfähiges Angebot für Familien und sorgende Netze in ihrer gesamten Bandbreite und Vielfalt und mit unterschiedlichsten Lebenswirklichkeiten oder eher „nur“ um ein Stabilisierungsangebot für die überforderte bzw. bedrohte Kleinfamilie mit einer „romantischen Verklärung der Großfamilie“ (Reichert, taz-Bericht vom 21.11.2006, S. 14)?

Nachhaltigkeit: Mehrgenerationenhäuser (können) durchaus in Konkurrenz zu bereits vorhandenen Kooperationsstrukturen vor Ort geraten. Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser beinhaltet auf fachlicher und angebotsorientierter Ebene verschiedene Bereiche, die bisher separat organisiert sind. Gemeint sind hier zum Beispiel Familienberatung- und -bildung, Gesundheitsförderung, Jugendarbeit, Altenarbeit oder Engagementförderung. Hier schloss sich die Frage an, ob und wie Mehrgenerationenhäuser diese Aufgabenpalette selbst abdecken sollten oder überhaupt können oder ob ihnen eher eine Vermittlungs- und Vernetzungsrolle zu bereits bestehenden Strukturen zukommt.

Elterninitiativen und Familienselbsthilfe

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE)

Die Vorstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE) durch Hannes Lachenmair rundete das Bild der Kooperations Ebenen ab.

Zu dem Zielen der BAGE zählen die Stärkung der Eltern- und Familienselbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements, die Unterstützung von regionalen Kontaktstellen und Landesarbeitsgemeinschaften für Elterninitiativen. Darüber hinaus sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine eigenverantwortliche Kinderbetreuung außerhalb der Familien ermöglichen.

Die Aufgaben der Kontaktstellen für Elterninitiativen seien sehr vielfältig. Es gebe keine einheitliche Definition für die Beschreibung einer Kontaktstelle, da Aufgaben, Ausstattung und Schwerpunkte vom kommunalen bzw. regionalen Bedarf abhängen.

Im Allgemeinen zählten zu den Arbeitsschwerpunkten einer Kontaktstelle die Gründungsberatung, Konzept- und Organisationsberatung, Arbeitsrecht, Tarifrecht, Fort- und Weiterbindung für Erzieher/innen, Verhandlungen mit öffentlichen Stellen und die Vernetzung der regionalen Kontaktstellen auf Landes- und Bundesebene. Dabei übernahmen die Kontaktstellen Mittlerfunktion zwischen Praxis, Politik und Verwaltung. Zudem: Bei laufendem „Betrieb“ müssten Eltern ständig neue Hindernisse aus dem Weg räumen sowie arbeitsrechtliche Fragen, Zuschussprobleme, Richtlinienänderungen oder auch Konflikte zwischen den Eltern klären und regeln.

Kontaktstellen für Elterninitiativen bieten auch einen Informations-Service für ratsuchende Eltern und Bezugspersonen über die verschiedenen Betreuungsformen für Kinder sowie das gesamte Spektrum an Fragen und Problemen zum Thema „Elternselbsthilfe“ und „selbstorganisierte Kinderbetreuung“.

Als schwierig für Elterninitiativen auf lokaler Ebene benannte Hannes Lachenmair die Kooperationsprojekte und Vernetzungsideen der Lokalen Bündnisse für Familien: „Je professioneller solche kommunalen Netzwerke arbeiten und sich präsentieren, desto weniger haben Eltern als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chance, in solchen Netzwerken mitzuarbeiten.“ Kritisch zu sehen sei auch das Konzept der Mehrgenerationenhäuser. Bereits vorhandene Kooperationsstrukturen vor Ort gerieten in Konkurrenz zu den geförderten Mehrgenerationenhäusern. Hannes Lachenmair meinte: „Anstatt bestehende Ansätze von Vernetzungen mit ähnlichen oder gleicher Idee zu fördern, werden neue Projekte inszeniert und gefördert.“

Besonders hob der Referent das Konzept der Kinderbetreuung im Rahmen von Elterninitiativen hervor. Bei der Gestaltung der Konzepte in der Kindergruppe stünden die Bedürfnisse, Fähigkeiten und Notwendigkeiten der Kinder im Vordergrund, die Kinderbetreuung orientiere sich stark an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Kinder und nicht an denen der Eltern. Hannes Lachenmair betonte, dass dieser Ansatz sowohl im Widerspruch zur traditionellen Kinderbetreuung stehe als auch zur Kinder- und

Familienpolitik der Länder und des Bundes. Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie würden dort immer nur aus der Elternperspektive gestellt. „Die Frage, was brauchen Kinder heute aufgrund der Entwicklung unserer Gesellschaft bezüglich der Räume für Kinder, der Lernfelder für Kinder und bezüglich der Verbindlichkeit von Beziehungen für Kinder im öffentlichen Leben, wird zwar pädagogisch immer wieder gestellt, aber nicht grundsätzlich und strukturell was die Betreuungssituation in der Bundesrepublik betrifft“, kritisierte Hannes Lachenmair in seinem Referat. Er hielt bezüglich der Mittelvergabe fest, dass die Kontaktstellen für Elterninitiativen auf kommunaler Ebene weniger Mittel als bisher erhalten. Freiwilligenarbeit und Selbstbestimmung in den Kommunen werde so diskutiert, dass, wer sich selbst organisiere, sich auch selbst finanzieren solle.

Familie und bürgerschaftliches Engagement: Hemmnisse überwinden, Kooperationen stärken, Netzwerke bilden

Resümee der Diskussion: Einander kennen, voneinander profitieren, Profile stärken, gemeinsam handeln

Wie können sich Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements zueinander, zu anderen Kooperationspartner/innen und Netzwerkakteur/innen vor Ort und im Arbeits- bzw. Kooperationsfeld mit und für Familien positionieren?

Die Einschätzungen und Auffassungen der Teilnehmer/innen des Workshops in der abschließenden Diskussion lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Fähigkeit zur Kooperation und Netzwerkbildung ist eine Schlüsselqualifikation von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements. Informationen über und die Kenntnis von unterschiedlichen Projekten und Initiativen, das Wissen über Angebote, Dienstleistungen und Vernetzungen in der Region sind dabei wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit. Aus diesem Grund und zur Auslotung von Kooperationsmöglichkeiten wurde der Workshop als ausgesprochen wertvoll eingeschätzt.
- Zur Förderung des Vernetzungsgedankens von bürgerschaftlichem Engagement bedarf es einer Klärung von Begrifflichkeiten und Profilen der

verschiedenen Infrastruktureinrichtungen: Was sind und was machen Mehrgenerationenhäuser, Selbsthilfekontaktstellen / Selbsthilfegruppen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, -Zentren etc. Auch im Hinblick auf Arbeitsfelder, Adressat/innen, Akteur/innen und Partner/innen sind für gemeinsames Handeln Begriffsklärungen erforderlich wie beispielsweise: Was sind „Familien“? Was ist das Verbindende und das Spezifische oder Unterscheidende von freiwillig Engagierten, von ehrenamtlich Tätigen, von Aktiven in Senior/innenbereich und in Selbsthilfegruppen? Arbeitsperspektive: Wie kann ein Informationstransfer über Begriffe, Initiativen und Projekte im Feld des bürgerschaftlichen Engagements intensiviert und verbessert werden?

- Es besteht ein problematisches Verhältnis zwischen neu zu etablierenden und bereits bestehenden Strukturen. Wie können diese ohne Verdrängungs- und Ressourcenkonkurrenz aufeinander bezogen sein? Angemerkt wurde, dass Thema und Aufgabenstellung von Mehrgenerationenhäusern in Form von Bürger- und Nachbarschaftshäusern bereits seit langer Zeit existieren. Daher stelle sich die Frage, wie die aktuelle Idee der Mehrgenerationenhäuser neu angesiedelt werden könne. Neue Projekte (Bündnis für Familie, Mehrgenerationenhaus) sollten bestehende Arbeitsansätze, Einrichtungen und Projekte nicht ersetzen, sondern es sollten Strukturen entstehen, um sich gegenseitig fördern und unterstützen zu können.
- Es gibt vor Ort durchaus gelungene Kooperationen und Abgrenzungen. Zum Beispiel in Hannover zwischen der dortigen Selbsthilfekontaktstelle und einem Lokalen Bündnis für Familie, einem Freiwilligenzentrum sowie einem Mehrgenerationenhaus. Die Kooperationen in Hannover haben sich so stabilisiert und professionalisiert, dass eine spezielle Unterstützung im Selbsthilfebereich durch die Selbsthilfekontaktstelle nicht mehr nötig ist. Deren Arbeit konzentrierte sich daher auf die Unterstützung kleinerer Gruppen, die nicht hinreichend vernetzt sind und weder einem Verein noch einem Bundesverband angehören. Hierbei handelt es sich um rund 50 % der Selbsthilfegruppen vor Ort.
- Kooperationen sind auch zur Bündelung von Ressourcen sinnvoll; jedoch sollte darauf geachtet werden, dass eine solche Bündelung nicht die Streichung von Ressourcen zur Folge hat. Das Ziel von Kooperationen sollte es immer sein, erweiterte Ressourcen zu schaffen und durch Vernetzung Ressourcen entstehen zu lassen, die ohne eine Vernetzung und Zusammenarbeit nicht vorhanden wären.
- Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen / -Zentren, Selbsthilfekontaktstellen

und Seniorenbüros haben eine bedeutende Brücken- und Multiplikatorenfunktion. Zum Beispiel können Lokale Bündnisse für Familie, Mehrgenerationenhäuser oder andere Projekte von den themen- und trägerübergreifenden Informationen, Kontakten und Beratungsleistungen dieser Einrichtungen profitieren; zugleich kann eine Bindung an und Verbindung mit Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern hergestellt und die Aktionsbereitschaft wie insgesamt die örtliche Vernetzung gestärkt werden.

- Auch Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements können durch Kooperationen mit anderen Akteur/innen und Projekten vor Ort gewinnen. So profitierten Selbsthilfekontaktstellen oder Freiwilligenagenturen vom Zugang der Lokalen Bündnisse für Familien zu Wirtschaftsunternehmen. Zusätzlich bedeuten solche Kooperationen einen Nutzen für die Außenwahrnehmung und die Öffentlichkeitsarbeit, da die Arbeit in andere Institutionen und Organisationen bekannt und regelmäßig kommuniziert wird. Arbeitsperspektive: Bündnisse für Familie nutzen, um das eigene Anliegen bekannter zu machen.
- Der Öffentlichkeitsarbeit von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements kommt für die Engagementförderung eine sehr hohe Bedeutung zu. Arbeitsperspektive: Wie kann bürgerschaftliches Engagement in den Medien deutlicher platziert, wie kann die Berichterstattung über dieses Thema verbessert, wie kann ein gelungener Einblick in Ziele und Arbeit der fördernden Einrichtungen erreicht werden?

Bewertung und Ausblick

In der abschließenden Bewertung der Workshop-Teilnehmer/innen wurden besonders die grundständige Sicherung von Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen auf örtlicher Ebene und die konzeptionelle, institutionelle und persönliche Offenheit für Kooperationen als Erfordernisse und Herausforderungen zur Stärkung sowohl von Familiennetzen als auch von bürgerschaftlichem Engagement hervorgehoben.

Festgehalten wurde auch, dass für künftige Arbeitsprozesse das reichhaltige und profunde Erfahrungswissen der vorhandenen Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen geschätzt und darauf zurückgegriffen werden sollte.

Um die Arbeit und den Nutzen bestehender Kooperationen und die Arbeit der Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen vor Ort sichtbar zu machen, wurde weiterhin die Stärkung einer (abgestimmten, koordinierten) Öffentlichkeitsarbeit erörtert. Die Komplexität der bestehenden Strukturen und die Existenz unterschiedlichster Begriffe wie Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe oder freiwillige Arbeit erschwerten die öffentliche Wahrnehmung und seien Hindernisse auf dem Weg, ein gesteigertes öffentliches Interesse für eigene wie für gemeinsame Anliegen zu wecken. Um die Arbeit der Einrichtungen aufzuwerten, den Zugang zu erleichtern, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und gemeinsame Handlungsperspektiven im Gemeinwesen zu erreichen, sei es auch nötig, Begriffe zusammenzuführen und verständlicher zu machen. Zur Bündelung und Koordinierung von Aktivitäten schlug Wolfgang Thiel die Bildung von „Lokalen Bündnissen für bürgerschaftliches Engagement“ (Arbeitsbegriff) vor.

Einmütig wurde von den Workshopteilnehmer/innen hervorgehoben, dass die verschiedenen Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements – unabhängig von der jeweiligen Hauptzielgruppe: Senior/innen, Selbsthilfegruppen und -interessierte, ehrenamtlich und freiwillig Engagierte – themenübergreifend und querschnittlich zu bestehenden Strukturen arbeiten und als Brückenbauer zwischen den verschiedenen einzelnen Themen, Bereichen und Sektoren wie Sport, Kultur, Gesundheit und Soziales oder Wirtschaft, politischen Parteien und öffentlichen Verwaltungen Verbindungen schaffen. Durch diese übergreifende Rolle sind sie in diesem Prozess häufig Kristallisationsorte für Netzbildungen, für Partizipation und für die öffentliche und politische Artikulation bzw. Vertretung der Anliegen von Engagierten.

Für solch anspruchsvolle Aufgaben seien aber – so der Tenor – nicht nur eine klare Profilierung und in der Öffentlichkeit verständliche Begriffe nötig. (Die Erörterung des Familienbegriffs im Verlauf des Workshops, seine Öffnung hin zu „sorgenden Netzen“ zeigte, wie durch Begriffsarbeit neue, fruchtbare Bezüge geschaffen werden konnten.) Genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger sei es, verbindende Anliegen und bestehende Kooperationen sichtbar zu machen, diese zu nutzen oder neue zu entwickeln – als Chance sowohl für eine verbesserte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in seinen verschiedenen Formen als auch für gelungene Brückenschläge in Kooperationsfelder und für die Entwicklung stabiler Partnerschaften, zum Beispiel solchen mit und für „Familien“.

Anmerkung

- 1 Zum Begriff „sorgende Netze“ siehe Wolfgang Thiel in seinem Beitrag über die Familienbezüge der Arbeit von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen in diesem Heft.

Literatur

BMFSFJ (Hrsg.); Rosenblatt, Bernhard von: Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1. Gesamtbericht. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.1. Stuttgart 2000

BMFSFJ (Hrsg.); Gensicke, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Reihe „Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement“. Wiesbaden 2006

Reichert, Martin: taz-Bericht. In: taz Nr. 8131 vom 21.11.2006, Seite 14

Ute Wiepel
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
 – Bundesgeschäftsstelle –
 Michaelkirchstraße 17-18
 10179 Berlin-Mitte
 Tel: 030 / 629 80-122
 E-Mail: ute.wiepel@b-b-e.de



Herausgeber:

NAKOS

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung
und Unterstützung von Selbsthilfegruppen

Wilmsdorfer Straße 39, 10627 Berlin

Tel: 030 • 31 01 89 60, Fax: 030 • 31 01 89 70

E-Mail: selbsthilfe@nakos.de Internet: <http://www.nakos.de>

© FES, Bonn 2007; NAKOS, Berlin 2007

Dokumentation des Workshops „Familien: Einrichtungen zur Förderung
bürgerschaftlichen Engagements arbeiten auf örtlicher Ebene zusammen“
vom 15. bis 16.11.2006 in Berlin.

Veranstalter und Förderer des Workshops: Arbeitskreis „Bürgergesellschaft
und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Kooperationspartner des Workshops: Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa), Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
e.V. (BaS), Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG) /
Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung
von Selbsthilfegruppen (NAKOS), Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen
Caritasverband.

Der Workshop war Bestandteil des Projekts „Den Familienbezug von Selbst-
hilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunter-
stützung stärken“, das die NAKOS mit Förderung durch das Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den Jahren 2004-2006
durchführte.

Redaktion: Wolfgang Thiel

Layout: Diego Vásquez

Druck: H&P Druck, Berlin. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Auflage: 3.600

Erscheinungsweise: unregelmäßig

Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autorinnen und Autoren
selbst verantwortet. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

Druck und Layout mit der finanziellen Förderung durch den Arbeitskreis
„Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der FES.



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.

ISSN 1615-5904

ISSN 1615-5904

In der Fachdiskussionsreihe NAKOS EXTRA erscheinen in loser Folge Themenhefte mit Beiträgen zu fachlichen und institutionellen Fragen sowie zu sozial- und gesundheitspolitischen Entwicklungen der Selbsthilfeunterstützung und -förderung.

NAKOS
Nationale Kontakt- und Informationsstelle
zur Anregung und Unterstützung
von Selbsthilfegruppen

Eine Einrichtung der



Deutschen
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.

www.nakos.de